



Das Soziale Quartier – Quartierspolitik für Teilhabe, Zusammenhalt und Lebens- qualität

gute gesellschaft –
soziale demokratie
#2017 plus

**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürger_innen aktiv mitwirken. Diese Gesellschaft wird getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir brauchen neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen. Deswegen entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre. Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Debatte um Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- Demokratie und demokratische Teilhabe;
- neues Wachstum und gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- Gute Arbeit und sozialer Fortschritt.

Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von uns allen gestaltet werden. Für dieses Projekt nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden. In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen, um die Gute Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

www.fes-2017plus.de

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die FES ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Benannt ist sie nach Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten. Als parteinahe Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Als gemeinnützige Institution agieren wir unabhängig und möchten den pluralistischen gesellschaftlichen Dialog zu den politischen Herausforderungen der Gegenwart befördern. Wir verstehen uns als Teil der sozialdemokratischen Wertegemeinschaft und der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Welt. Mit unserer Arbeit im In- und Ausland tragen wir dazu bei, dass Menschen an der Gestaltung ihrer Gesellschaften teilhaben und für Soziale Demokratie eintreten.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

René Bormann, in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Arbeitsbereiche Steuerpolitik, Verkehrspolitik sowie Stadtentwicklung, Bau und Wohnen verantwortlich.

Das Soziale Quartier – Quartierspolitik für Teilhabe, Zusammenhalt und Lebensqualität

INHALT

- 4 **1 PLÄDOYER FÜR TEILHABE, ZUSAMMENHALT UND LEBENSQUALITÄT
IN DEN QUARTIEREN**
Das Quartier – Handlungsrahmen gesellschaftlicher Gestaltungsprozesse
Die integrative Kraft der Städte, Gemeinden und Quartiere nutzen
Gentrifizierung und Segregation – die Städte driften auseinander
Die Kommunen sind als Moderator und Vermittler gefordert
Plädoyer für soziale Quartierspolitik
- 6 **2 ZIELE SOZIALER QUARTIERSPOLITIK**
Soziale und kulturelle Vielfalt des Quartiers stärken
Hohe funktionale Vielfalt gewährleisten
Beteiligung, Engagement und Eigeninitiative fördern
- 8 **3 HANDLUNGSSTRATEGIEN FÜR SOZIALE QUARTIERE**
- 8 3.1 Grundbedürfnisse sichern und Chancen eröffnen
- 8 3.1.1 Wohnen
Bezahlbaren Wohnraum und ausgewogene Mischung der Mietniveaus fördern
Gestaltungsräume in der Quartiersentwicklung gemeinsam nutzen
Übergänge von Lebensphasen im Quartier gestalten
Empfehlungen für das Handlungsfeld Wohnen
- 10 3.1.2 Öffentlicher Raum – Grün im Quartier
Gut gestaltete öffentliche Räume stärken das Quartier
Private Initiativen gezielt einbeziehen
Gute Mischung öffentlicher und privater Räume belebt das Quartier
Empfehlungen für das Handlungsfeld Öffentlicher Raum
- 11 3.1.3 Infrastruktur und Dienstleistungen
Mit innovativen Konzepten quartiersnahe Versorgungsangebote ermöglichen
Gemeinsam Angebote identifizieren und initiieren
Soziale Rathäuser und Verwaltungsstützpunkte schaffen
Empfehlungen für das Handlungsfeld Infrastruktur und Dienstleistungen
- 12 3.1.4 Bildung
Die besten Schulen vor allem in den schwächsten Quartieren verankern
Staatteilbezogene Schulen zu Orten der Begegnung und Integration machen
Lernumgebung durch kohärente Finanzierung und qualitative Vergabekriterien
positiv gestalten
Ansässige oder quartiersnahe Gewerbe frühzeitig miteinbeziehen
Empfehlungen für das Handlungsfeld Bildung

- 14 3.1.5 Arbeit und lokale Wirtschaft
 Das Potenzial der Quartiere für Arbeit und lokale Unternehmen aktivieren
 Zonen für sich verändernde Nutzungsformen schaffen
 Soziale-Orte-Konzept in Kooperationen entwickeln und umsetzen
 Steuerungsfunktion der kommunalen Verwaltung wahrnehmen
Empfehlungen für das Handlungsfeld Arbeit und lokale Wirtschaft
- 15 3.1.6 Mobilität
 Quartiere durch Mobilität qualifizieren und Chancen der Bewohner_innen erhöhen
 Vielfältige Nutzungsformen des öffentlichen Raums einbeziehen
 Potenziale des ÖPNV nutzen
 Vernetzung der Verkehrsmittel unterstützen
Empfehlungen für das Handlungsfeld Mobilität
- 16 3.2. Aktive Quartierspolitik: Identifikation, Selbstorganisation, Selbststeuerungskräfte und Eigeninitiative
 Möglichkeiten und Grenzen ehrenamtlichen Engagements erkennen und respektieren
 Qualifizierung, Kooperation und Beteiligungsformen ehrenamtlicher Arbeit fördern
 Rahmenbedingungen für langfristiges selbstorganisiertes Engagement schaffen
 Beteiligungsprozesse offen und transparent gestalten
 Bewohner_innen frühzeitig einbeziehen und umfassend informieren
Empfehlungen für aktive Quartierspolitik
- 19 **4 RAHMENBEDINGUNGEN GEMEINSAMER QUARTIERSGESTALTUNG**
 Individuelle Entwicklungskonzepte erstellen und evaluieren
 Ressortübergreifende Planungen und Förderungen gewährleisten
 Quartiersmanagements langfristig in ihrer Moderationsfunktion stärken
 Strukturelle Hürden in der Verwaltung abbauen
 Neue Formen der Partizipation erproben
 Ressourcenstärkere Quartiere und Unternehmen für Solidarität in der Stadt gewinnen
Empfehlungen für Rahmenbedingungen gemeinsamer Quartiersgestaltung
- 23 Autor_innen

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

WILLY BRANDT, 1992

1

PLÄDOYER FÜR TEILHABE, ZUSAMMENHALT UND LEBENSQUALITÄT IN DEN QUARTIEREN

In einigen Stadtteilen und Quartieren in Deutschland gibt es Krisen, Benachteiligung und Ausgrenzung. Zusätzlich entsteht starker Handlungsdruck durch die Integration von Zuwanderer_innen und Flüchtlingen, die teilweise auf nicht funktionsfähige Nachbarschaften, Infrastrukturen und Bildungsstrukturen treffen. Bund, Länder haben zusammen mit den Gemeinden Angebote wie das Programm „Soziale Stadt“ entwickelt und umgesetzt, das im Wesentlichen erfolgreich, punktuell, kompensatorisch gewirkt hat. Die Erfahrungen aus derartigen Programmen zeigen, dass eine Weiterentwicklung sinnvoll und zugleich erforderlich ist.

Jedes Quartier hat eigene Herausforderungen und erfordert deshalb auch individuelle Lösungen. Um konkrete Empfehlungen zu geben, wie diese Lösungen entwickelt werden können, und welche Ansätze es schon gibt, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe einberufen.

Das vorliegende Papier fasst die Ergebnisse unserer Diskussionen aus mehreren gemeinsamen Workshops zusammen. Wir sind überzeugt davon, dass soziale Quartierspolitik, um den unterschiedlichen Bedürfnissen in den Quartieren gerecht zu werden, das Engagement aller beteiligten Akteure vor Ort und daher auch die lebendige Diskussion, das gemeinsame Aushandeln konkreter Lösungen braucht. Wir hoffen, unsere Vorschläge können dabei helfen, diesen Anspruch sozialer Quartierspolitik zu verwirklichen, und freuen uns darauf, in vielfältigen Zusammenhängen sie zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Das Quartier – Handlungsrahmen gesellschaftlicher Gestaltungsprozesse

Für die Menschen ist ihr Quartier ein wichtiger Ausgangspunkt für Teilhabe und Engagement. Das Quartier ist der Ort, an dem sie ihre Lebensentwürfe umsetzen. Die konkreten Möglichkeiten, die das Quartier bietet, beeinflussen die Chancen seiner Bewohner_innen, sich entfalten und entwickeln zu können. Die Wohnung und unmittelbare Wohnumgebung, die Ausgestaltung und Sicherheit öffentlicher Räume, Bildungsmöglichkeiten, verkehrliche Anbindung und Versorgungsstrukturen bestimmen die Lebensqualität und die Perspektiven der Bewohner_innen. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft

sind die Quartiere nicht weniger bedeutsam. Denn gerade hier treffen alltäglich gesellschaftliche und individuelle Bedürfnisse, Ansprüche und Notwendigkeiten aufeinander. Sie können zu Widersprüchen und somit zu Konflikten, im schlimmsten Fall zu sozialem Unfrieden führen. Gibt es Raum, sie gemeinsam gestalten und begleiten zu können, stärkt das auch die Werte unserer Gesellschaft, den sozialen Frieden im Sinne einer solidarischen Stadt. Deshalb ist das Quartier ein wichtiger Handlungsrahmen für gesellschaftliche Gestaltungsprozesse.

Die integrative Kraft der Städte, Gemeinden und Quartiere nutzen

Unsere Städte, Gemeinden und ihre Quartiere verändern sich ständig: Durch Zu- und Wegzug, Geburten, Geschäftseröffnungen und -schließungen, Abriss, Neubau und Modernisierung sowie sich ändernde Lebensstile und -bedürfnisse befinden sie sich in einem zyklischen Wandel. Auf engstem Raum treffen verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen, Kulturen und Menschen aufeinander, das trifft sowohl auf urbane wie ländliche Räume zu. In den vergangenen Jahrzehnten haben die Städte und ihre Quartiere bewiesen, dass sie über große soziale Integrationskräfte verfügen und außergewöhnliche soziale und ökonomische Entwicklungschancen bieten. Sie sind Quellen von Wohlstand und Innovation, aber auch Orte besonderer Integrationsherausforderungen. Die alternde Gesellschaft, soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Umweltprobleme sowie gesellschaftliche Spannungen und Konflikte werden in den Städten und Quartieren besonders deutlich. Gerade im Fall von starken Wanderungsdynamiken ist die integrative und dabei zugleich produktive Kraft der Städte, Gemeinden und Quartiere gefordert.

Das Quartier – eine Begriffsbestimmung

Das Quartier ist ein überschaubares, räumlich begrenztes soziales Bezugssystem. Eine offizielle oder politische Grenzziehung existiert dabei meist nicht. Das Gebiet wird durch seine Bewohner_innen definiert und ist unabhängig von

>

>

dem eines Stadtteils oder -bezirks. Das Quartier ist die unmittelbare Alltags- und Lebenswelt der Menschen, in der verschiedene Faktoren zusammentreffen.

Das Quartier ist: Wohnumgebung, Nachbarschaft, Versorgung, Fortbewegung, Infrastruktur, Begegnungsraum, Kultur-, Bildungs-, Spiel- und Sportstätte.

Das Quartier ist durch Infrastruktur bestimmt: z. B. öffentliche Räume, Wohn-, Dienstleistungs-, Nahversorgungs- sowie Verkehrsgebäude; Bildungs-, Sport-, Kultur- und medizinische Einrichtungen sowie Grünflächen, Straßen, Schienen und Wege.

Das Quartier beeinflusst und bestimmt emotionale Faktoren: z. B. Identifikation, Nachbarschaften, Beteiligungsprozesse, Sicherheitsempfinden, Fußläufigkeit, Baukultur, Bindung in Vereinen.

Das Quartier kann eröffnen und verhindern: Lebensqualität, Chancen, Perspektiven, Engagement sowie soziale und ökonomische Teilhabe.

Gentrifizierung und Segregation – die Städte driften auseinander

Mit der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft haben sich auch die verschiedenen Quartiere spürbar auseinanderentwickelt.

Bestätigt wird diese Problematik u. a. durch den vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2013. Er zeigt auf, dass das Quartier und die soziale Herkunft über Bildungsgrad, Aufstiegschancen und das Gelingen von Armutsprävention entscheiden. Das Quartier kann Wohlstand und Perspektiven eröffnen, aber auch verringern. Verbunden mit der Angst vor sozialem Abstieg erklärt dies nicht zuletzt die bei der Wohnungsort- und Schulwahl zu beobachtenden Abgrenzungstendenzen. Während in den gut ausgestatteten Quartieren die gehobene Mittelschicht in energetisch sanierten Wohnungen mit eigenem Stellplatz, gepflegtem Grün und guten Schulen lebt, werden Menschen mit geringeren Einkommen durch steigende Mieten in ärmere und strukturschwache Quartiere gedrängt. Auf der anderen Seite verlassen Bewohner_innen, die mit ihrem Einkommen und Engagement einst zur Stabilisierung beigetragen haben, sich verschlechternde Quartiere. Der Trend des Auseinanderdriftens wird verstärkt spürbar. Man spricht heute von Gentrifizierung und Segregation.

Die Kommunen sind als Moderator und Vermittler gefordert

Es gibt heute viele gute integrative Ansätze und Förderprogramme zur integrierten Stadtentwicklung. Dennoch sind einige Quartiere stark unter Druck. Tendenziell haben sich in den vergangenen Jahren nicht nur die staatlichen, sondern auch Institutionen wie Kirche, Vereine, Parteien, Verbände oder Wohlfahrtseinrichtungen aus vielen Quartieren zurückgezogen. In der Alltagswelt fehlt es damit an konkreten Ansprechpartner_innen. Die wenigen „Kümmerer“, die verblieben sind, ste-

hen nicht selten vor bürokratischen Hürden und zähen Prozessen. Engagierte fühlen sich alleingelassen und ihre positive Kraft nutzt sich über den zahlreichen Hemmnissen ab. Gleichzeitig sind die kommunalen Strukturen zum Teil nicht in der Lage, auf diese Entwicklungen bedarfsgerecht zu reagieren. Es trifft meistens Städte und Gemeinden, die sich in einer schwierigen Haushaltssituation oder gar in der Haushaltssicherung befinden. So fehlen Handlungsspielräume, personelle Ressourcen und Kapazitäten. Ein produktives Miteinander in den Quartieren scheint unter diesen Bedingungen nicht möglich. Chancen für Beteiligung und Zusammenwirken werden vergeben.

Wenn wir allen Menschen eine Perspektive bieten wollen, brauchen wir eine Politik, die den Menschen und deren Quartiersumgebung im gesamtstädtischen Kontext in den Blick nimmt. Wir benötigen ein neues Verständnis der Kommunen als Moderator und Vermittler, nicht als Verwalter. Zugleich wollen wir Beteiligung und Engagement der Bewohner_innen steigern und damit auch ihre Identifikation und Eigeninitiative im Quartier – ganz gleich ob das Quartier wachsend oder schrumpfend, prosperierend, ländlich oder städtisch ist.

Plädoyer für soziale Quartierspolitik

Das Engagement der Menschen, die in den Quartieren leben und arbeiten, ist eine zentrale Kraft quartiersbezogener Entwicklung. Mit unserem Plädoyer für eine soziale Quartierspolitik wollen wir es diesen Menschen ermöglichen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu nutzen und einzubringen, um ihre Lebensqualität in nachhaltiger Weise zu gestalten. Wir möchten Impulse liefern, wie Bewohner_innen, Verbände, Politiker_innen und Verwaltung diese Gestaltungsprozesse gemeinsam angehen können. Dabei geht es uns um eine ressortübergreifende Strategie, die das Leitbild der sozialen Stadt generell in allen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung verankert und die Quartiersebene als kleinste politische und administrative Handlungsebene in den Fordergrund stellt. Wir wollen aufzeigen, welche verschiedenen Handlungsfelder in den Quartieren existieren und wie bestehende politische Instrumente besser vernetzt und aufeinander abgestimmt werden können.

Mit unseren Empfehlungen für konkrete Handlungsstrategien wollen wir Anregungen und Beispiele geben, wie sich dieser Anspruch verwirklichen lässt. Wir wollen aber auch mit Bewohner_innen, Verbänden, Politiker_innen und Verwaltung diskutieren, wie die Ziele sozialer Quartierspolitik erreichbar sind.

Wir möchten mit Ihnen ins Gespräch kommen und freuen uns auf Rückmeldungen und Kritik und diskutieren dies auch gern in Ihrem Quartier mit Ihnen.

2

ZIELE SOZIALER QUARTIERSPOLITIK

Ein lebenswertes Quartier ist ein Quartier, mit dem sich die Bewohner_innen identifizieren und das von Menschen der umliegenden Quartiere genutzt und geschätzt wird. Es ist ein aktives Quartier, in dem viele Bewohner_innen sich beteiligen und engagieren und das von einem respektvollen Umgang miteinander geprägt ist. Das erfordert eine ganzheitliche Quartierspolitik, deren Gestaltungsanspruch den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns stellt. Das Quartier gemeinsam mit und für die Bewohner_innen weiterzuentwickeln macht es daher auch erforderlich, die zunehmende Vielfalt an sozialen Lagen, Interessen und Wertvorstellungen zu beachten. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich Bewohner_innen für ihr Quartier engagieren.

Soziale und kulturelle Vielfalt des Quartiers stärken

Das Quartier ist die unmittelbare Lebensumwelt um das eigene zu Hause, die Wohnung. Das Quartier bildet ab, wie die Bewohner_innen leben. Welche Chancen sie haben, lässt sich vor Ort im Quartier beeinflussen. In einer freien solidarischen Gesellschaft müssen alle die Möglichkeit haben, sich zu entfalten und zu entwickeln. Ein lebendiges Quartier zeichnet sich dadurch aus, dass Bewohner_innen mit geringem, mittlerem und hohem Einkommen, Alte und Junge, Familien mit Kindern und Singles, Einheimische und Zugezogene neben- und miteinander leben können. Diese soziale und kulturelle Vielfalt kann dadurch gesichert werden, dass möglichst allen Bevölkerungsschichten und Familientypen der Verbleib im gewohnten sowie der Zuzug ins Quartier möglich bleibt. Dies erfordert einerseits, Verdrängung und Ausgrenzung einkommenschwächerer Haushalte zu verhindern und damit ökonomische Armut von sozialer Ausgrenzung zu entkoppeln. Andererseits ist es wichtig, die Personengruppen, die zu Engagement bereit sind, zu aktivieren und in den Quartieren zu halten.

Durch eine hohe soziale und kulturelle Vielfalt in einem Quartier können sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gegenseitig stärken und eine ausgeglichene Entwicklung gewährleisten – damit aus einem Nebeneinander ein stärkeres Miteinander wird. Gerade viele der sogenannten schwächeren Quartiere müssen eine hohe Integrationsleistung er-

bringen, da sie aufgrund günstiger Mieten und sozialer und ethnischer Anknüpfungspunkte erster Anlaufpunkt für Zuwander_innen sind. Soziale und kulturelle Vielfalt bedeutet jedoch auch Interessengegensätze und Konflikte, da unterschiedliche soziale Gruppen bzw. Milieus unterschiedliche Werte, Interessen sowie Lebensweisen und -ziele verfolgen und sich vielfach voneinander abgrenzen.

Eine Aufgabe sozialer Quartierspolitik ist es daher, die Vielfalt – zu der auch die Gegensätze gehören – so aufzugreifen, dass gruppenübergreifende Wertschätzung sowie Solidarität, Chancen, Zugang, Lebensqualität und Stabilität im Quartier gestärkt werden. Konflikte und Spannungen im Quartier bieten auch eine Chance für soziale Innovationen. Durch verantwortliche Aushandlungsprozesse kann eine gemeinsame Geschichte und Identität der Menschen im Quartier entstehen. Insofern ist Quartierspolitik auch als eine Investition in die gesellschaftliche Kohäsion zu verstehen.

Hohe funktionale Vielfalt gewährleisten

Ein lebendiges, sicheres und attraktives Quartier zeichnet sich durch ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten, Gewerbeflächen, unterschiedlichen Arbeitsplätzen, Einrichtungen medizinischer Versorgung, Grünflächen, Erholungs-, Freizeit- und Sportangeboten sowie kulturellen Einrichtungen aus. Ein Ziel sozialer Quartierspolitik besteht darin, allen Menschen – unabhängig von Alter, Gesundheitszustand, Einkommen und Herkunft – den Zugang zu den wichtigen Einrichtungen des täglichen Lebens zu ermöglichen, um sie in ihrem Alltag bestmöglich zu unterstützen. Funktionale Vielfalt und gute Mobilität stärken zugleich die soziale und kulturelle Vielfalt des Quartiers.

Damit das Quartier die gute Versorgung seiner Bewohner_innen gewährleisten kann, ist folglich eine hohe funktionale Vielfalt zu gewährleisten. Sie erfüllt die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse wie Wohnen, sich bilden, arbeiten, sich erholen, in Gemeinschaft leben, sich versorgen und das möglichst fuß- und radläufig sowie barrierefrei in der Nähe des Wohnorts. Funktionale Vielfalt der Quartiere lässt sich auch durch eine gute Einbindung in die Stadt ge-

währleisten. Ein gutes und bedarfsorientiertes ÖPNV-Angebot sowie gute Rad- und Fußwege stellen sicher, dass zentrale städtische und nicht im Quartier vorhandene Angebote sowie Lern- und Arbeitsorte erreichbar sind.

Menschen brauchen einen quartiersnahen Zugang zu Kindergarten, Grundschule, Einkaufsmöglichkeiten. Aber auch mit einer flexiblen Infrastruktur, z. B. mobilen Bibliotheken oder Dienstleistungsangeboten, lassen sich fehlende Angebote im Quartier anbieten und kann Menschen mit Mobilitätseinschränkungen Zugang zu diesen gewährleistet werden.

Angesichts der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft ist der schnelle Zugang zum Internet von immer größerer Bedeutung. Auch das ist Aufgabe sozialer Quartierspolitik. Zugleich muss auch weniger computeraffinen Menschen der Zugang zu Informationsangeboten sichergestellt werden.

Beteiligung, Engagement und Eigeninitiative fördern

Um Entwicklungen im Quartier frühzeitig zu erkennen und gestalten zu können sowie Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu gewährleisten, bedarf es einer aktiven und ganzheitlichen Quartierspolitik. Sie macht es sich zum Ziel, den vorhandenen Gestaltungswillen der Bewohner_innen im Quartier zu stärken und das Engagement der Menschen, Wirtschaft und öffentlichen Institutionen vor Ort zu unterstützen. Probleme und Konflikte im Quartier dürfen nicht verharmlost oder ausgesessen werden. Werden sie offen benannt, ernst genommen und konsequent angegangen, können Verunsicherungen und Spannungen, die durch Entwicklungsprozesse im Quartier entstehen, zur Chance für soziale Innovationen werden.

Damit Kommunen, Individuen und Unternehmen in die Lage versetzt werden, quartiersbezogen zu denken und zu handeln, braucht es dauerhafte und ausreichend finanzierte Strukturen im Quartier, die Aktivitäten ermöglichen, aufbauen und zugleich erhalten. Hier sind die Kommunen gefordert. Sie müssen künftig auch zu Vermittlern zwischen den Akteuren und Dienstleistern werden.

Unterschiedliche Quartiere haben verschiedene Herausforderungen und erfordern unterschiedliche Lösungen. Hierbei

ist entscheidend, dass die kleinräumigen und flexiblen Lösungsstrategien von kommunalen sowie regionalen Vertreter_innen und Verwaltungen politikfeldübergreifend und gemeinsam mit den Quartiersbewohner_innen entwickelt und umgesetzt werden.

Durch offene und transparente Beteiligung können Bürger_innen und Gewerbetreibende als Expert_innen für ihre Quartiere einbezogen werden. Alltäglich sind sie mit Problemstellungen im Wohnumfeld konfrontiert und kennen die Potenziale ihres Quartiers. Ihre spezifischen Kenntnisse, Fähigkeiten, Interessen und Handlungsmöglichkeiten gilt es zudem durch eine aktive Unterstützung ihres vielfältigen Engagements für Mitmenschen und das Quartier zu nutzen. Bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung stärken die Identifikation mit dem Quartier, den Zusammenhalt untereinander und die lokale Demokratie.

3

HANDLUNGSSTRATEGIEN FÜR SOZIALE QUARTIERE

Wie lassen sich die Ziele sozialer Quartierspolitik umsetzen? Wie ermöglichen und stärken wir in den Quartieren soziale, kulturelle und auch infrastrukturelle Vielfalt, um allen Bewohner_innen gleichermaßen die Perspektive zu eröffnen, sich entfalten und entwickeln zu können? Welche Akteure können das Quartier stärken? Wie stellen wir sicher, dass jedes Quartier seine eigene Handlungsstrategie gemeinsam entwickeln kann? Mit unseren Handlungsempfehlungen beziehen wir uns auch auf bestehende Ansätze in der Quartierspolitik. Es gibt viele gute Instrumente, sie werden jedoch oft nur einzeln und nicht im Zusammenhang gedacht und angewendet. Wir wollen daher auf eine Reihe von Handlungsfeldern in den Quartieren eingehen und Vorschläge machen, wie die bestehenden politischen Instrumente besser vernetzt und aufeinander abgestimmt werden können.

3.1 GRUNDBEDÜRFNISSE SICHERN UND CHANCEN ERÖFFNEN

3.1.1 WOHNEN

Jeder Mensch braucht ein Heim, ein „Dach über dem Kopf“ – eine Wohnung oder ein Haus. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ist der private Raum, gemietet oder gekauft, der uns schützt, wärmt, abschirmt, der unsere Privatsphäre sichert und zu dem wir nicht jeder bzw. jedem Zutritt gewähren. Die Wohnung bildet den Lebensmittelpunkt im Quartier. Wer die eigene Wohnung verliert, rutscht an den Rand der Gesellschaft.

Bezahlbaren Wohnraum und ausgewogene Mischung der Mietniveaus fördern

Eine entscheidende Voraussetzung für soziale Quartiersentwicklung ist ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem, qualitativ gutem Wohnraum. Gleichzeitig ist der Wohnraum in vielen Quartieren – in Zeiten von demografischem Wandel und klimagerechter Anpassung – im jetzigen Bestand wenig zukunftsfähig. Wohnraum für eine soziale Vielfalt muss für unterschiedliche Generationen, Alleinlebende, Alleinerziehende, Paare, Familien mit Kindern, Patchwork-Familien, Behinderte

und Pflegebedürftige im Quartier angeboten werden. Die soziale Wohnraumförderung bietet eine gute Möglichkeit, das Angebot auszubauen. Die Länder sollten diese Förderung erhöhen, verstetigen und auf eine Quartiersentwicklung flexibel anpassen. Aber nicht nur Neubau, sondern auch die Pflege und Weiterentwicklung des Wohnungsbestandes ist in allen Quartieren notwendig. Um möglichst vielen Bevölkerungsgruppen den Verbleib und Zugang zum Quartier zu ermöglichen, ist es sinnvoll, öffentliche Förderungen im Neubau und in der Sanierung mit langer bzw. unbegrenzter Belegungsbindung zu verbinden. Teilweise wird dies in einzelnen Ländern bereits im Ansatz verfolgt. Die Förderstruktur der Länder ist dennoch extrem unterschiedlich ausgerichtet.

Die klimagerechte Sanierung von Wohnungsbeständen macht es zudem notwendig, das Quartier als Ganzes zu betrachten, anstatt sich auf das Einzelgebäude zu konzentrieren. So lassen sich Maßnahmen von Mobilität bis hin zum Gebäude aufeinander abstimmen, finanzielle Kapazitäten und Wirtschaftlichkeitsaspekte berücksichtigen und Fragen der Energiegewinnung, -versorgung und -speicherung in einen Kontext stellen. Dazu braucht es kommunale Aktivierungs- und Beratungsangebote sowie die Umgestaltung aller Förderprogramme, aber auch andere Anreize von Bund und Land, so dass wirklich alle Entwicklungsziele des Quartiers im Blick stehen – von barrierearm bis klimagerecht, zu bezahlbar und lebenswert.

Gleichzeitig bedeutet soziale Quartierspolitik, eine ausgewogene Mischung verschiedener Mietniveaus in einem Quartier zu verankern, um soziale Vielfalt bereits im Wohnungsangebot vorzugeben. Auch höherpreisige Miet- und Eigentumswohnungen sind ein wichtiger, stabilisierender Bestandteil eines Quartiers. Sie dürfen aber nicht auf Kosten bezahlbarer Wohnungen entstehen, da sonst Verdrängungsprozesse ausgelöst werden. Deshalb sind Bund, Länder und Kommunen gefordert, öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsangebote zu erhalten und auszubauen. Gerade in attraktiven, durch Verdrängungsprozesse charakterisierten Quartieren können kommunale Wohnungen einer reinen Preisorientierung am Markt entgegenwirken.

Ein grundsätzliches Umdenken bei der Behandlung bundes- und landeseigener Liegenschaften und Flächen ist dafür

eine entscheidende Voraussetzung. Erste positive Veränderungen gab es im vergangenen Jahr vor dem Hintergrund der Flüchtlingsunterbringung. Generell wäre es aber richtig, die für die Bundesliegenschaften zuständige Bundesanstalt für Immobilienaufgaben beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit anzusiedeln. Hier liegt die benötigte Fachkenntnis und nicht beim Bundesministerium der Finanzen, wo Flächen rein monetär betrachtet werden. Die Kommunen benötigen Grundstücke in integrierter Lage, in Quartieren mit Wohnraumangel. Der Bund könnte hierfür Bundesliegenschaften zur Verfügung stellen.

Trotz des hohen Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum müssen wir Wege finden, die Absenkung von Baustandards, insbesondere bei Sozialwohnungen, zu vermeiden. Auch diese Wohnungen müssen langfristig ökonomisch tragbar sein. Andernfalls besteht die Gefahr, soziale Unterschiede durch Niedrigstandardwohnungen dauerhaft zu manifestieren und im Quartier zu verfestigen.

Steuerliche Anreize für den Wohnungsneubau wie die Sonder-AfA führen oft zu Fehlallokationen und wirken sich sowohl auf die Stadtentwicklung insgesamt wie auch die einzelnen betroffenen Quartiere negativ aus. Verleitet durch diese Fehlanreize richten Investoren ihre Bauvorhaben weniger am tatsächlichen Bedarf wie Wohnungsgrößen und Typologie aus und orientieren sich stattdessen an der Kaufkraft der Kleinanleger. Jedoch für schwer entwickelbare Grundstücke könnte eine lokal durch die Kommunen gesteuerte Sonder-AfA dabei helfen, strukturschwache Quartiere attraktiver zu machen.

Gestaltungsräume in der Quartiersentwicklung gemeinsam nutzen

Wir möchten private und städtische Vermieter_innen darin stärken, funktionierende Quartiere als Mehrwert für ihre Wohnungen, für die Bewohner_innen, für deren Verweildauer in den Wohnungen, aber auch für die Akzeptanz und Anerkennung des Quartiers zu verstehen und sie dementsprechend mit den Bewohner_innen zu gestalten. Denn in Kooperation mit Verwaltung, Politik, Wohnungs- und anderer Wirtschaft sowie den Anwohner_innen kann zielgerichtet, familienfreundlich, klimaangepasst, altersgerecht und barrierefrei erneuert, umgebaut und die Wohnumgebung attraktiv gestaltet werden. Wie das Forschungsprojekt „Kooperation im Quartier“ verdeutlicht, profitieren von solchen lokalen Kooperationen das städtebauliche Erscheinungsbild, das Wohnumfeld und immobilienwirtschaftliche Erträge gleichermaßen – wie auch das Image des Quartiers. Soziale Quartierspolitik braucht lokale Kooperationen verschiedenster Akteure. Wo möglich, sollten sie durch die Kommune angeregt, verstärkt und verstetigt werden.

Ein wirksames Mittel, um Gestaltungsspielräume im Quartier zu nutzen, ist die Konzeptvergabe öffentlicher Flächen. Hier erhält nicht der Höchstbieter, sondern die Person mit dem Nutzungskonzept, das die Anforderungen des Quartiers und der Stadt am besten umsetzt, den Zuschlag für das Bauland. Deswegen ist es vernünftig, öffentliche Grundstücke nach Möglichkeit nur noch im Wege der Konzeptvergabe zu vergeben. Wird das Grundstück zudem nicht verkauft, sondern als Erbpacht mit klaren Zielvorgaben vergeben,

kann die Kommune auch langfristig die Entwicklung des Quartiers beeinflussen. Grundstücke/Gebäude, bei denen die öffentliche Hand ein Vorkaufsrecht hat, sollten bei hohem Nutzen für das Quartier von der Kommune gekauft werden und dann selber bebaut oder möglichst als Erbpacht, zumindest aber über städtebauliche Verträge weitergereicht werden.

Oft scheitern Bauprojekte im Quartier an der relativ späten, im Planungsprozess bereits fortgeschrittenen Einbindung der Öffentlichkeit. Eine Phase Null, vorgeschaltet vor die eigentlichen Phasen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), kann die öffentliche Planungskultur verbessern und Bewohner_innen im Quartier bereits zur Klärung der Bauaufgabe und der ersten Planungsszenarien tatsächlich in die Gestaltung einbinden. Das schafft Raum für Gestaltung im Quartier, vermeidet spätere Fehler, trägt maßgeblich zur Akzeptanz bei und verhindert damit verbundene Kostensteigerungen.

Übergänge von Lebensphasen im Quartier gestalten

Unsere Anforderungen an den Wohnraum verändern sich im Laufe des Lebens. Ältere und Familien mit kleineren Kindern brauchen barrierearmen Wohnraum, Familien mit Kindern benötigen mehrere Zimmer, um innerfamiliäre Rückzugsräume zu haben. Senioren_innen hingegen benötigen eher kurze Wege auch innerhalb einer Wohnung. Singles und Paare kommen gut mit kleineren Wohnungen zurecht, bis sich ihre Lebensform ändert.

Es gilt, Übergänge von Lebensphasen im Quartier gestalten zu können. Das bedeutet nicht den Verbleib in ein und derselben Wohnung, aber – wenn gewünscht – im selben Quartier. Entscheidend für einen Wohnungswechsel sind vor allem die finanziellen Möglichkeiten, aber auch, welche Chancen sich mit einem Wohnungswechsel bieten. Oft verbleiben Senioren_innen in den größeren Wohnungen, in denen sie vor dem Auszug der Kinder bereits gelebt haben, weil Umzüge kostenintensiv sind, die Wohnungssuche sie überfordert, aber auch langjährige Mietverträge mit günstigen Mieten bestehen und neue Mietsituationen finanziell nicht leistbar sind.

Kommunale und private Wohnungsanbieter sind hier gefordert. Sie können unbürokratisch und finanziell unproblematische Lösungen anbieten. Dazu zählen Wohnungstauschbörsen und Umzugshilfen, um gerade auch in weniger flexiblen Lebensphasen den Verbleib im Quartier zu erleichtern. Aber auch das aktive Zugehen auf die Mieter_innen mit konkreten, den sich verändernden Lebenslagen entsprechenden Angeboten, ist für die Mieter_innen und die Wohnungsanbieter von beiderseitigem Interesse.

Ebenso kann die bereits etablierte Kooperation verschiedener öffentlicher Stellen, privater Dienstleister und Wohnungsanbieter einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung des Wohnumfelds sowie den Verbleib im Quartier leisten – so z. B. die Unterbringung von ambulanten Pflegeangeboten und Arztpraxen in Wohnblöcken. Schon aus eigenem ökonomischen Interesse macht es für Wohnungsanbieter Sinn, diese wichtigen Ansätze weiter zu verfolgen. Gestärkt werden sie, wenn vom Bund und Land die bestehenden Förderprogramme, z. B. das Programm der Städtebauförde-

rung, sowie die KfW-Programme entsprechend weiterentwickelt werden. Darüber hinaus lassen sich Umbaumaßnahmen für Pflegende über das Pflegestärkungsgesetz mit einer Umzugsunterstützung in barriereärmeren Wohnraum koppeln.

Besondere Bedeutung für ehrenamtliches Engagement und Begegnungsmöglichkeiten haben in den Quartieren öffentlich nutzbare Gemeinschaftsräume. Auch hier sind sowohl Wohnungsanbieter wie die Kommune gefragt. Gemeinschaftsräume können integriert und im Rahmen von Quartiersarbeit gefördert werden.

Zur Stärkung der Nachbarschaften und für mehr Mitbestimmung leisten Mieterbeiräte einen wichtigen Anteil und bedürfen einer Stärkung und einer Selbstverständlichkeit als Kooperationspartner der Wohnungswirtschaft im Quartier. Insgesamt ist in der Förderlogik von Bund und Ländern verstärkt ein kleiner Teil von nichtinvestiven Maßnahmen mit zu berücksichtigen, die mit geringem finanziellen Aufwand bereits eine hohe Wirkung im Quartier erzielen.

Empfehlungen

für das Handlungsfeld Wohnen

- unterschiedliche Eigentumsformen und Mietniveaus im Quartier fördern
- Verkauf öffentlicher Wohnungen verhindern
- Ausbau öffentlicher und genossenschaftlicher Wohnungsbestände konsequent unterstützen, fördern und fordern
- öffentliche Förderungen im Neubau und in der Sanierung mit unbegrenzter Belegungsbindung verbinden
- bei der klimagerechten Sanierung von Wohnungsbeständen alle Entwicklungsziele des Quartiers betrachten – von barrierearm bis klimagerecht, zu bezahlbar und lebenswert
- lokale Kooperation mit Verwaltung, Politik, Wohnungs- und anderer Wirtschaft sowie den Anwohner_innen initiieren, fördern und begleiten, damit Quartiersverantwortung unterstützen
- Mieterbeiräte als Instrument für Mitbestimmung und für nachbarschaftlichen Zusammenhalt stärken
- öffentliche Flächen als Quartiersgebiet bedarfsgerecht gestalten und als Erbpacht mit klaren Zielvorgaben oder zumindest als Konzeptvergabe vergeben
- für das Quartier wichtige Grundstücke, bei denen die öffentliche Hand ein Vorkaufsrecht hat, erwerben und anschließend selber bebauen oder möglichst als Erbpacht, aber zumindest über städtebauliche Verträge weiterreichen
- mit aktiven Angeboten an bestehende Mieter_innen, Wohnungstauschbörsen und Umzugshilfen einen Umzug innerhalb des Quartiers in eine den Anforderungen entsprechende Wohnung ermöglichen
- Pflege-, Gesundheits-, Bildungsangebote im Quartier unterstützen – durch die Wohnungsinhaber, die öffentliche Hand und weiterentwickelte, integrierte Förderprogramme

>

>

- insgesamt im Förderkatalog nichtinvestive Maßnahmen verstärkt berücksichtigen
- Sonder-AfA für schwer entwickelbare Grundstücke in strukturschwachen Quartieren als Anreiz für Investoren
- Einbindung und bessere Beteiligung der Bürger_innen über eine Phase Null (der HOAI) bereits bei ersten Planungsszenarien, Klärung der Bauaufgabe
- Quartiersbezug bei baulichen und planerischen Wettbewerben etablieren
- Gemeinschaftsräume (Ehrenamt, Begegnung) im Quartier schaffen

3.1.2 ÖFFENTLICHER RAUM – GRÜN IM QUARTIER

Öffentliche Räume und Grünflächen sind Orte der Begegnung und der Kommunikation im Quartier. Erst durch die Gestaltung des Quartiers um die Wohngebäude entsteht die eigentliche Lebensqualität.

Gut gestaltete öffentliche Räume stärken das Quartier

Wie Straßen, Außenräume, Grün, Spiel- und Sportbereiche gestaltet sind, ob sie ansprechend sind, offen, von vielen Gruppen nutzbar, ob sie regelmäßig gepflegt werden und ein Sicherheitsgefühl oder bedrohlich dunkle Ecken vermitteln, trägt maßgeblich zur Akzeptanz und zum Wohlempfinden und Identifikation der Bewohner_innen im Quartier bei.

Die verbindende und gleichzeitig aber auch einhegende Gestaltung von Grün-, Spiel-, Sport- und Erholungsflächen in öffentlichen Räumen kann den verschiedensten Quartiersbewohner_innen einerseits gemeinschaftliche Flächen zur Begegnung bieten, schirmt aber auch andere verschiedene Nutzungsformen vor einander ab. Bäume und Sträucher schaffen Ruhezeiten, bieten Schatten an heißen Sommertagen und tragen zur Verbesserung des Mikroklimas im Quartier bei. Sitzgelegenheiten können Kommunikation befördern, mit Tischen versehen ergeben sie Möglichkeiten für gemeinschaftliche Feiern, für Mahlzeiten und Miteinander, Begegnung und Gespräche im Quartier.

Die Nutzung des öffentlichen Raums kann aber auch zu Konflikten der Nutzer_innen untereinander oder mit Anwohner_innen führen. Sicherlich helfen jenseits der Durchsetzung von Regeln für gegenseitige Rücksichtnahme ein freundliches, aber bestimmtes Auftreten von Bewohner_innen, Polizei und Ordnungsamt, die Konflikte zu begrenzen. Aber erst durch ein Miteinander, ein Verständnis für die Bedürfnisse der anderen und eine offene Kommunikation können Konfliktanlässe aufgelöst und vermieden werden. Bei der Gestaltung der öffentlichen Räume sind somit nicht nur die möglichen Störungen zu minimieren, sondern auch Räume des Austauschs und der Kommunikation zu schaffen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass die öffentlichen Flächen möglichst viele – auch parallele – Nutzungsformen ermöglichen. Dies eröffnet – im Gegensatz zu einseitiger Nutzung – vielen Menschen den Zugang zu diesen Flächen und fördert den Austausch miteinander.

Private Initiativen gezielt einbeziehen

Was sind zentrale Orte des Quartiers? Wie können sie so gestaltet werden, dass sie hohe Aufenthaltsqualitäten haben und damit Magneten für die Bewohner_innen und Besucher_innen des Quartiers sind und gleichzeitig wirtschaftliche Aktivitäten ermöglichen und anziehen? Wie können diese gepflegt und weiterentwickelt werden? Quartiersgerechte Antworten auf diese Fragen finden kommunale Politik und Verwaltung im Dialog mit den Menschen vor Ort, den Gewerbetreibenden und Wohnungsanbietern. Zugleich sollten lokale Politik und Verwaltung, wo möglich, private Initiativen, die mit eigenen finanziellen Mitteln die Attraktivität des Quartiers stabilisieren oder steigern möchten (House Improvement Districts), fördern und fordern, sie in der Vorbereitungs-, Konkretisierungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsphase begleiten und unterstützen. Insbesondere lokales Gewerbe, Handel, Dienstleister, private Wohnungsunternehmen und private Wohnungseigentümer können noch stärker in die Quartiersentwicklung mitbezogen werden.

Aktuell werden diese Kooperationen und privaten Initiativen von der öffentlichen Hand gefordert, da viele Gemeinden finanziell nicht mehr in der Lage sind, Mängel zu beseitigen oder Aufwertungen vorzunehmen. Nicht akzeptabel ist diese Entwicklung, wenn sie zur Privatisierung des öffentlichen Raums führt. Statt öffentliche Aufgaben an Private weiterzugeben, ist es notwendig, die Kommunen finanziell auch so auszustatten, dass sie diese Aufgaben eigenständig übernehmen können – ggf. begleitet durch Förderprogramme von Land und Bund. Erst dann können zusätzlich die privaten Initiativen zu guten Ergebnissen für alle führen. Hierzu ist die Finanzierung der Kommunen von den Ländern und dem Bund auskömmlich zu regeln. Darüber hinaus sind die bestehenden Kooperationsinstrumente, wie die städtebaulichen Verträge, weiterzuentwickeln. Ziel muss sein, Stadttrendite gemeinsam zu ermöglichen und für ein besseres Quartier gemeinsam zu nutzen.

Gute Mischung öffentlicher und privater Räume belebt das Quartier

Um den Bedürfnissen nach Wohlbefinden, Bewegung, Begegnung und Sicherheit zu entsprechen, müssen öffentliche Räume dauerhaft gepflegt und sauber gehalten werden. Verwahrloste öffentliche Flächen führen zu Abgrenzung. Dunkle unübersichtliche Ecken, aber auch unbeleuchtete Orte wecken Gefühle von Unsicherheit.

Grundsätzlich ist es wichtig, im Quartier für eine gute Mischung öffentlicher und privater Räume zu sorgen. Dem sehr starken Privatisierungsdruck, aber auch der einseitigen Aneignung öffentlicher Räume muss klar entgegengetreten werden. Quartiere leben von einer ausgewogenen Gemengelage aus spezifischen Räumen für soziale Gruppen, einem unbestimmten, vielfältig nutzbaren öffentlichen Raum, aber auch Kommerzialisierungen – es braucht Orte, die es ermöglichen, sich sehr unterschiedlich zu engagieren. Erforderlich sind maßgeschneiderte Lösungen innerhalb der Quartiere, die die Wechselwirkungen der Aneignung öffentlicher und privater Räume ermöglichen, ohne Rückzugsräume aufzugeben. Diese Lösungen können nicht von außen vorgegeben

werden. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, sie individuell und gemeinsam vor Ort im Dialog zwischen Verwaltung, Bürger_innen und Gewerbetreibenden auszuhandeln.

Dabei lassen sich die vielfältigen Funktionen von Mikroklimaanpassung, Barrierearmut, Lärmschutz, Sicherheit, Spiel-, Sport- und Erholungsort zusammenführen. Ein funktionierendes Quartier wird nur erreicht, wenn zugleich persönliches Engagement gefördert und gefordert wird, wenn die Quartiersbewohner_innen sich in die Planung, Realisierung, Pflege und Erhaltung öffentlicher Räume selbstbestimmt einbringen können.

Empfehlungen

für das Handlungsfeld Öffentlicher Raum

- vielfältige parallele Nutzungen ermöglichen
- öffentliche Räume ansprechend gestalten und pflegen
- Konflikte gestalterisch vermeiden und Orte zur Schlichtung schaffen
- für alle Personen zugängliche Flächen schaffen
- Kommunen finanziell in die Lage versetzen, ihre Aufgaben adäquat zu erfüllen
- Privatisierung des öffentlichen Raums entgegenzutreten
- nutzerorientierten Umbau des öffentlichen Raums fördern, fordern und begleiten
- bestehende Kooperationsinstrumente wie die städtebaulichen Verträge weiterentwickeln
- Quartiersbewohner_innen in die Planung, Realisierung, Pflege und Erhaltung öffentlicher Räume einbinden

3.1.3 INFRASTRUKTUR UND DIENSTLEISTUNGEN

Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse und Entwicklungschancen aller ist es, dass sich die Bedürfnisse des täglichen Lebens im Wohnumfeld befriedigen lassen. Das setzt voraus, dass neben öffentlicher Infrastruktur auch Einkaufen und Dienstleistungen im Quartier verankert sind. Aber auch die Lebensmittelläden um die Ecke, die Kinderärzt_innen und die Allgemeinmediziner_innen müssen vorhanden sein. Sie sind nicht nur Helfer_innen in der Not, sondern eine zwingende Notwendigkeit in der Versorgung. Gleiches gilt für Geldautomaten, Postfilialen und Apotheken.

Mit innovativen Konzepten quartiersnahe Versorgungsangebote ermöglichen

Werden von den Bewohner_innen Angebote als fehlend oder nötig empfunden, sind Anreize und praktische Ansätze erforderlich, um diese gezielt zu etablieren. Dazu brauchen wir neue Bündnisse für soziale Quartiere, in denen Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam das Quartier neu denken, bestehende Angebote stabilisieren sowie neue, althergebrachte und bewährte, aber auch innovative Versorgungsformen lokal möglich machen.

Viele Möglichkeiten sind noch nicht gedacht. Viele Konzepte sind noch in der Entwicklung, andere werden bereits umgesetzt und geben als Best Practice-Beispiele wichtige Impulse. Ein gutes Beispiel für innovative Raumnutzungen

sind genossenschaftlich organisierte Supermärkte. Ihre Entwicklung lässt sich dadurch fördern, dass ihnen preiswerte Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Ermäßigte Mieten oder Pacht für die Nutzung öffentlicher Flächen und Räume ist grundsätzlich ein wichtiges Instrument, um die Ansiedlung fehlender Dienstleistungen zu fördern. Die Finanzierung von Erstaufbauten ist eine weitere Möglichkeit, lokal verankerte Einrichtungen zu fördern. Weil soziale Quartiersentwicklung die kommunale Nutzung oder Verpachtung dem Verkauf vorzieht, um seine Steuerunsymmetrien zu behalten, sollten, wo möglich, daher auch genossenschaftliche Anbieter initiiert und besonders unterstützt werden. Auch soziale Arbeit kann quartiersbezogen noch gezielter gefördert werden, bspw. lassen sich Angebote der ambulanten Pflege, Pflegewohnungen und Senioren-WGs mit Betreuung weiter ausbauen. Grundsätzlich ist es sinnvoll, eine ausgewogene Altersstruktur im Quartier zur gegenseitigen Unterstützung der Bewohner_innen zu stärken. Möglichkeiten der Begegnung im Quartier helfen zudem, schwierige Lebenssituationen zu bewältigen.

Versorgung muss aber nicht immer räumlich fest verankert sein, sondern kann auch mit Innovationen im Bereich der Mobilität bereitgestellt werden. Mit mobilen medizinischen Versorgungs- und Verteileinrichtungen, Telemedizin, mobilen Bibliotheken, tageweisen Märkten oder mobilen Verkaufsständen kann beispielsweise die Versorgung zum Mensch, umgekehrt mit neuen Transportangeboten aber auch der Mensch zu den benötigten Dienstleistungen gebracht werden. Bedeutsam ist hier auch die Nutzung des ÖPNV. Öffentliche Infrastruktur (Schulen, Bibliotheken, Grünflächen, Gesundheitszentren) und Versorger können gezielt in das ÖPNV-Netz eingebunden werden, bei Neuansiedlungen ist eine Anbindung an bestehende ÖPNV-Haltestellen zu gewährleisten.

Gemeinsam Angebote identifizieren und initiieren

Welche Angebote existieren im Quartier, welche Angebote fehlen? Wie, wo und von wem können diese initiiert werden? Diese Fragen sind von lokaler gesamtstädtischer Politik und Verwaltung gemeinsam mit allen Akteuren wie den Gewerbetreibenden, Vereinen und Bewohner_innen der Quartiere zu beantworten. Mit der gezielten Ansiedlung von Versorgungseinrichtungen können Lebensqualität und Chancen der Bewohner_innen deutlich verbessert werden. Zugleich stärkt dies die im Quartier bereits vorhandenen Unternehmen und Selbstständigen und schafft Arbeitsplätze im Quartier.

Soziale Rathäuser und Verwaltungstützpunkte schaffen

Heute werden die öffentlichen Rathäuser und Verwaltungsgebäude von den Menschen nur selten betreten. Vielfach stehen diese Gebäude am Abend und am Wochenende leer. Statt sich so nach außen abzuschotten, lassen sich diese Räume dezentral als Teil eines aktiven Quartiers verankern. Das soziale Rathaus ermöglicht in seinen Räumen zahlreiche andere Nutzungen – vom Verein, über Konzerte bis hin zu Nachbarschafts- oder Elternkaffees. Das gilt beispielsweise auch für Bildungseinrichtungen wie Schulen.

Empfehlungen

für das Handlungsfeld Infrastruktur und Dienstleistungen

- neue Bündnisse für die quartiersnahe Versorgung schaffen
- gezielt benötigte Angebote durch bspw. preiswerte Mieten ansiedeln
- innovative Raumkonzepte nutzen
- Erstaufbauten lokaler Einrichtungen unterstützen
- Gründung und Ansiedlung von Genossenschaften fördern
- Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen durch das Vermieten und Verpachten öffentlicher Räume und Flächen erhalten – kein Verkauf
- Innovationen im Bereich der Mobilität nutzen
- öffentliche Infrastruktur und Versorger gezielt in das ÖPNV-Netz einbinden
- bei Neuansiedlungen die Anbindung an ÖPNV-Haltestellen gewährleisten
- gemeinsam fehlende Angebote identifizieren und initiieren
- soziale Rathäuser und Verwaltungstützpunkte dezentral schaffen und als aktiven Teil eines lebendigen Quartiers verankern
- soziale Arbeit quartiersbezogen gezielt fördern: ambulante Pflege, Pflegewohnungen und Senioren-WGs mit Betreuung weiter ausbauen, Möglichkeiten der Begegnung schaffen

3.1.4 BILDUNG

Bildung ist ein Grundbedürfnis und ein Grundrecht. Sie muss für alle gleichermaßen und nach Möglichkeit ein Leben lang zugänglich sein. Als Schlüssel zur Verminderung von Armutsrisiko stärkt Bildung auch die Quartiere und wertet diese auf. Soziale Quartierspolitik erfordert deshalb die für integrative Bildung notwendigen Investitionen, aber ebenso Strukturen, die Schulen gesellschaftlich im Quartier verankern.

Bildungseinrichtungen in Deutschland, besonders Schulen, befinden sich häufig in einem Zustand der Vernachlässigung. Mit den Mängeln werden Lehrer_innen, Erzieher_innen und Eltern – oft aus finanziellen Nöten der Kommunen – allein und der eigenen Initiative überlassen. Im Vergleich zu anderen Ländern geben unsere Schulen ein für eine wirtschaftlich starke Industrienation schlechtes Bild. Nichtakademikerkinder, Kinder, deren Eltern einen Migrationshintergrund haben und die über geringere deutsche Sprachkenntnisse verfügen, haben grundsätzlich in Deutschland schlechtere Chancen. Unser Schulsystem manifestiert leider immer noch soziale Ungleichheit und begrenzt Aufstiegschancen.

Dabei leisten gute Schulen im Quartier einen wesentlichen Integrationsanteil. Kindern mit besonderen Bedürfnissen können sie individuell Aufmerksamkeit geben und so beispielsweise Sprachförderbedarf abdecken oder bei Lernschwächen helfen. Mit einem höheren Grad und höherer Qualität der schulischen Bildung wird die zukünftige Generation gestärkt, soziales Abrutschen vermindert. Bunte und vielfältige Schulen tragen zu gegenseitigem Respekt und

Solidarität bei und machen Kinder als zukünftige Erwachsene widerstandsfähiger gegen Rassismus und Ausgrenzung.

Die besten Schulen vor allem in den schwächsten Quartieren verankern

In Schulen zeigt sich der Zusammenhalt der Gesellschaft und eine positive Entwicklung im Quartier wird hier schnell deutlich. Bei negativen Entwicklungen hingegen verlässt die bildungsnahe Mittelschicht als Erstes die Schule, sie wechselt die Bildungseinrichtung noch vor dem Wohnort. Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder auf eine teure Privatschule oder nimmt längere Anfahrtswege in Kauf. Gerade für benachteiligte Quartiere ist es deshalb entscheidend, über die besten Schulen zu verfügen, um Chancengleichheit, unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern, zu gewährleisten und Raum für positive Entwicklungen zu eröffnen. Funktionierende, sich positiv entwickelnde Schulen können dieser Flucht aus den Quartieren entgegenwirken und zum positiven Impulsgeber werden.

Statteilbezogene Schulen zu Orten der Begegnung und Integration machen

Benötigt wird eine offene, statteilbezogene Schule, nach Möglichkeit im Ganztagsbetrieb, die Wissen vermittelt, für Belange des Stadtteils da ist, aber auch Schutz der Kinder vor Übergriffen von außen sichert. Erforderlich hierzu sind Bildungsverbünde – die alle Nutzungsformen der Schule und Formen der Wissensvermittlung zusammenführen. Eltern- und Fördervereine, Volkshochschulen, Bibliotheken, Vereine, Musikschulen und viele andere mehr können gemeinsam mit Politik und Verwaltung neue Formen des gemeinsamen lebenslangen Lernens ermöglichen. Sinnvoll hierfür sind gemeinsam mit allen Akteuren und unter Einbeziehung der Schüler_innen erstellte quartiersbezogene Bildungs- und Erziehungspläne, die alle Angebote einbegreifen.

Schon jetzt sind Schulen ein quartiersstärkendes Bindeglied zwischen Bildung, Freizeit, Wohnumfeldgestaltung, Ehrenamt, zwischen Jung und Alt. Sportvereine nutzen die Turnhallen, Musik- und Volkshochschulen die Klassenräume, Statteilbibliotheken sind an die Schulen angebunden. Kooperationen mit Museen und Theatern sind Bestandteil einer guten und ganzheitlichen Bildung, ebenso wie das ehrenamtliche Engagement der Lesepaten_innen für Leseanfänger_innen.

Wie die Stärkung der Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen als Orte der Begegnung und Integration gelingen kann, haben beispielsweise die Modellvorhaben im Forschungsprojekt „Orte der Integration im Quartier“ gezeigt. Solche positiven Ansätze können gezielt aufgegriffen, verbessert, ausgebaut und miteinander verbunden werden, auch um Synergieeffekte sinnvoll zu nutzen. Von Bedeutung hierbei ist, dass die öffentlichen Bildungsangebote (Volkshochschulen, außerschulische politische Bildungsarbeit etc.) dezentral im Quartier angeboten werden. Gerade im Grundschulbereich, aber auch in vor- und nachgelagerten Bildungsformen, ist der Schulweg ein entscheidender Faktor für erste selbstbestimmte Wege eines jungen Menschen. Schulwege bedürfen daher einer sicheren, kinderbedarfsgerechten und positiven Gestaltung im Quartier.

Zwar hat sich der Bund im Zuge der Föderalismusreform weitestgehend aus dem Bildungsbereich zurückgezogen und dies hoheitlich den Ländern überlassen. Dennoch ist es notwendig, dass in Anlehnung an die möglichen Maßnahmen des Programmes „Soziale Stadt“ hier Quartiere gezielt ebenenübergreifend unterstützt werden, um diese Bildungsverbünde zu erreichen. Bauliche und ehrenamtliche Maßnahmen in und um Bildungseinrichtungen sollten gefördert werden, sodass bspw. Sport- und Musikvereine die Hallen und Aulen von Schulen nicht nur nutzen, sondern auch Angebote in beide Richtungen entstehen, etwa in Form von ehren- und hauptamtlicher Begleitung von Sport- und Musik-AGs. Die hierzu in einigen Ländern vorhandenen Möglichkeiten können auf alle Bundesländer ausgeweitet und intensiviert werden. Vieles wird hier schon genutzt, teilweise befördert durch die Kommune oder das Land. Insgesamt bedeutet eine solche Kooperation jedoch einen hohen Mehrwert und Zugewinn für alle Beteiligten und oft durch Synergien auch eine finanzielle Entlastung.

Lernumgebung durch kohärente Finanzierung und qualitative Vergabekriterien positiv gestalten

Unsere Bildungseinrichtungen müssen heute bereits viele quartiersbezogene und soziale Funktionen auffangen. Dafür sollten sie auch angemessene Mittel und Möglichkeiten erhalten. Insgesamt sind wesentlich höhere Investitionen in Bildung notwendig – besonders in „schwachen“ Quartieren. So ist etwa vor dem Hintergrund wachsender Zuwanderung Sprachförderung bereits weit vor Schulbeginn gefordert, da Sprache die Grundlage für weiteres Lernen ist. Die Stärkung der Dienstleistungen von Sozialpädagog_innen und Integrationserzieher_innen, aber auch Hausmeister_innen, Küchenpersonal und Reinigungskräften verbessert die Rahmenbedingungen von Bildungseinrichtungen und trägt zu einer positiven Lernumgebung bei. Dafür müssen die Länder gemeinsam mit dem Bund ein kohärentes Finanzierungssystem erarbeiten.

Öffentliche Aufgaben in diesen Dienstleistungsbereichen müssen vor allem durch die Kommune angeboten werden. Sind darüber hinaus externe Dienstleister zu engagieren, ist es sinnvoll, Ausschreibungen an qualitative Vergabekriterien zu binden – wobei auch hier die Qualität und nicht der geringste Preis entscheidend ist. Auch innovative und ansprechende Gebäudeformen können die Lernumgebung positiv beeinflussen.

Ansässige oder quartiersnahe Gewerbe frühzeitig miteinbeziehen

Bereiche, in denen das dazugehörige produzierende Gewerbe bereits vor Ort ist, bieten sich besonders für eine gelungene Quartiersentwicklung an. Hier können Schüler_innen an Ausbildungsberufe durch Praktika herangeführt oder Erwachsene weitergebildet werden. Berufe aus dem Quartier sollten regelmäßig in den Bildungseinrichtungen vorgestellt werden. So werden gleichzeitig quartiersnahe Gewerbe bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen und der Ermöglichung von Praktika unterstützt. Dabei gilt es, die Ansätze der Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklungspolitik weiter aus-

zubauen. Die Kooperation mit Unternehmen auch außerhalb der Quartiere ermöglicht ebenfalls eine frühzeitige Heranführung an Ausbildung und Arbeit.

Lebenslanges Lernen, Berufspraktika für Schüler_innen, Ausbildungsplätze und Studium können natürlich nicht in jedem einzelnen Quartier ermöglicht werden. Durch die Anbindung an den ÖPNV werden sie aber auch für Bewohner_innen anderer Quartiere zugänglich.

Empfehlungen

für das Handlungsfeld Bildung

- wesentlich höhere Investitionen in Bildung, insbesondere in prekären Quartieren fördern (die besten Schulen für benachteiligte Quartiere)
- Schulsystem als Lernort gestalten, der Chancengerechtigkeit unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern fördert
- stadtteilbezogene Schulen, nach Möglichkeit im Ganztagsbetrieb vor allem in Quartieren mit ungünstigem Sozialindex schaffen, um Kreativangebote, Bewegung und unterstützende Bildungsmaßnahmen zu ermöglichen
- längeres gemeinsames Lernen im Quartier ermöglichen und Schulen als Quartiersort des lebenslangen Lernens einbeziehen
- quartiersbezogene Bildungs- und Erziehungspläne entwickeln
- öffentliche Bildungsangebote dezentralisieren (Volkshochschulen, außerschulische politische Bildungsarbeit etc.)
- Bildungseinrichtungen baulich qualitativ hochwertig, dementsprechend personell und finanziell prioritär behandeln
- Bildungspolitik wieder als Gemeinschaftsaufgabe, flächendeckend für Bund, Land und Kommune aufnehmen
- Rekommunalisierung schulnaher Dienstleistungen, wie Schulspeisung, Reinigungsservice, Hausmeisterei
- innovative, neue Gebäudeformen fördern
- quartiersnahe Gewerbe bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen und der Ermöglichung von Praktika unterstützen

3.1.5 ARBEIT UND LOKALE WIRTSCHAFT

Ein lebendiges, lebenswertes Quartier hat nicht nur Räume zum Wohnen, Bilden, Versorgen und Erholen, sondern bietet vielfach auch Orte für Handwerk, Selbstständige, für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Das Vorhandensein von Unternehmen stärkt das Quartier, aber auch den sozialen Zusammenhalt, denn es führt zu einer lokalen gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen. Nur wenn Unternehmen lokal verankert sind, können sie sich wie alle anderen Akteure aktiv in die Entwicklung des Quartiers einbringen – wovon alle profitieren.

Das Potenzial der Quartiere für Arbeit und lokale Unternehmen aktivieren

Mit unserem Ansatz einer sozialen Quartierspolitik möchten wir deshalb auch Impulse dafür geben, die lokale Wirtschaft in den Quartieren zu stärken. Selbst wenn lokale Arbeitsplätze nicht vorrangig von den Bewohner_innen belegt werden, beleben Selbstständige und die KMUs das Quartier. Mit ihren Beschäftigten und Kund_innen bringen sie Besucher_innen in das Quartier, Menschen, die die lokalen Geschäfte, Restaurants oder Cafés nutzen – was auch zur besseren Auslastung des öffentlichen Nahverkehrs beiträgt. Zugleich bieten sie viele Ausbildungsplätze. All das ist aus unserer Sicht Teil eines lebenswerten Quartiers.

Wenn wir es schaffen, das Potenzial der Quartiere für Arbeit und lokale Unternehmen zu aktivieren, ist das eine Win-win-Situation für die Bewohner_innen, Beschäftigten und Unternehmer_innen. Das gilt umso mehr, wenn es gelingt, Übergänge zwischen Bildung und lokaler Wirtschaft zu ermöglichen: Lokale Wirtschaft siedelt sich an, beschäftigt und bildet aus und trägt so dazu bei, Menschen im Quartier zu halten und neue für das Quartier zu gewinnen. Ziel sozialer Quartierspolitik ist es daher, die Nachbarschaft von Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen und zu stärken, aber auch, wo notwendig, gemeinsam Lösungen für Konflikte zu finden.

Nicht alle Quartiere bringen dafür die gleichen Voraussetzungen mit. Jedes Quartier braucht auf seine Situation angepasste Entwicklungsstrategien. Deshalb ist es wichtig, die in den Quartieren lebenden und arbeitenden Menschen aktiv in diese Entwicklung einzubeziehen. Gerade sie kennen die Bedarfe ihres Quartiers und verfügen über das Wissen, quartiersnahe Lösungen gemeinsam zu finden und umzusetzen.

Zonen für sich verändernde Nutzungsformen schaffen

Auch wenn nicht jedes Gewerbe für das Quartier geeignet ist – mittlerweile sind es wieder mehr als früher! Viele Wirtschaftszweige und Berufe haben sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend weiterentwickelt. Die Digitalisierung und der technische Fortschritt haben zu leisen Produktionsmethoden geführt und damit viele Gewerbe quartierskompatibel gemacht.

Wichtig ist es, in den Quartieren mit offenen und flexiblen Räumen über Zonen für verschiedene und sich verändernde Nutzungen und Nutzungsformen zu verfügen, um so einerseits vielen Menschen Angebote und andererseits Entwicklungen der lokalen Unternehmen zu ermöglichen. Das können zum einen Räume für Start-ups sein, aber auch für das Co-Working und neue Formen von Quartierszentren (Computer-Clubs, Gaming Zones). In den Wohnquartieren der 1970er bis 1980er Jahre fehlen diese Räume vielfach, daher sollten bei der Weiterentwicklung solche Räume geschaffen werden.

Was an Nutzungsmischung rechtlich möglich ist, hängt dabei von den Gebietsfestsetzungen nach der Baunutzungsverordnung ab. In reinen Wohngebieten ist der Handlungsspielraum sehr begrenzt, im allgemeinen Wohngebiet sind nicht störende gewerbliche Nutzungen – beispielsweise Dienstleistungen – möglich, in den Mischgebieten sind auch Gewerbebetriebe zulässig, wenn sie das Wohnen nicht wesentlich stören, in Gewerbegebieten ist das Wohnen im Allgemeinen nicht zulässig. Für eine Nutzungsmischung werden

restriktive Festlegungen unter dem Aspekt des „vorbeugenden Immissionsschutzes“ getroffen, um Beanstandungen zu vermeiden. Im Interesse von mehr Nutzungsmischung sind die historisch gewachsenen, auf Konfliktfreiheit zielenden Rechtsgrundlagen und die rechtlichen Auslegungen überarbeitungsbedürftig. Auch Ermessensspielräume können ausgeweitet und mehr genutzt werden, um die Entwicklung der lokalen Wirtschaft in den Quartieren zu stärken.

Soziale-Orte-Konzept in Kooperationen entwickeln und umsetzen

Da die lokale Wirtschaft ein unverzichtbarer Bestandteil eines lebendigen Quartiers ist, brauchen wir ganzheitliche Konzepte, um die Gründung und Ansiedlung von Unternehmen, aber auch die vorhandenen Gewerbe besser unterstützen zu können. In vieler Hinsicht hilfreich sind dabei Kooperationen von Beratungsstellen, Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung mit im Quartier verankerten Unternehmen, auch mit hier tätigen gemeinnützigen Diensten. Sie können insbesondere für Vermittlungen und Projekte für Menschen mit erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt genutzt werden. Gemeinden mit ihrer lokalen Verwaltung, Wirtschaftsunternehmen und Zivilgesellschaft mit ihren Vereinen, Kirchen, Synagogen und Moscheen und Initiativen müssen zusammenfinden, um sich über die Wünsche, Sorgen und Chancen auszutauschen und neben einem besseren Verständnis auch zu gemeinsamen Lösungen zu finden. Ein solches Soziale-Orte-Konzept muss lokal entwickelt und umgesetzt werden.

Steuerungsfunktion der kommunalen Verwaltung wahrnehmen

Ziel sozialer Quartierspolitik ist es, die Nachbarschaft von Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen und zu stärken, aber auch, wo notwendig, gemeinsam Lösungen für Konflikte zu finden. Wichtig ist vor allem eine kommunale Verwaltung, die bei Gewerbeanmeldungen über Fördermöglichkeiten, verfügbare Flächen und Räume informieren kann, sich als Dienstleister im Sinne des Quartiers versteht. Die Verwaltung kann und sollte zusammen mit den demokratisch gewählten politischen Vertreter_innen von Bund, Land und Kommunen ihre Steuerungsfunktion stärker wahrnehmen und gemeinsam mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft das Quartier entwickeln.

Neben der Einbeziehung der regionalen Wirtschaft in die Quartierspolitik sprechen wir uns dafür aus, alle kommunal verantworteten Wirtschaftsbereiche in ihrer unternehmerischen Positionierung an sozialen Kriterien und der Entwicklung des Quartiers auszurichten. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge empfiehlt es sich, diese Ausrichtung ebenfalls zu berücksichtigen.

Empfehlungen

für das Handlungsfeld Arbeit und Lokale Wirtschaft

- Nachbarschaft von Wohnen und Arbeiten stärken, Konflikte gemeinsam lösen
- Übergänge zwischen Bildung und lokaler Wirtschaft ermöglichen
- mit offenen und flexiblen Räume Zonen für verschiedene und sich verändernde Nutzungen und Nutzungsformen schaffen
- Nutzungsmischung auch durch neue Rechtsgrundlagen und höhere Ermessensspielräume befördern
- Verwirklichung des Soziale-Orte-Konzepts, um lokale Verwaltung, Kirchen, Zivilgesellschaft, Vereine und Gewerbetreibende zusammenzuführen
- Ansiedlung von Unternehmen mit Quartiersbezug verbessern
- öffentliche Wirtschaftsbereiche in ihrer unternehmerischen Positionierung an sozialen Kriterien und der Entwicklung des Quartiers ausrichten

3.1.6 MOBILITÄT

Kulturelle und soziale, aber auch funktionale Vielfalt prägen das lebendige Quartier. Damit sich möglichst viele Bedürfnisse des täglichen Lebens im Wohnumfeld befriedigen lassen, brauchen wir eine qualitativ hochwertige und ansprechende Infrastruktur.

Quartiere durch Mobilität qualifizieren und Chancen der Bewohner_innen erhöhen

Die Realität sieht oft anders aus. Aufgrund städtebaulicher Leitbilder der letzten 50 Jahre sind viele Städte funktional stark getrennt und von Verbindungsachsen zerschnitten. Mobilität ist daher vielfach nur im Kontext der Ortsveränderung zwischen mehreren Quartieren denkbar. Hier sehen wir wichtige Ansatzpunkte für die Mobilitätspolitik. Sie kann es für die Menschen ermöglichen, das Quartier zu erreichen und es zu verlassen, und so die Chancen der Bewohner_innen erhöhen. Mobilität ist ein wesentlicher Teil der Quartiersentwicklung und für die Teilhabe am öffentlichen Leben unverzichtbar. Dafür muss sie verknüpfen und anbinden, statt mit großen Straßen und viel lärmendem Verkehr die Städte zu zerschneiden. Wir müssen daher sicherstellen, dass sie für alle Menschen erschwinglich ist und ihre negativen Effekte, wie Lärm, blockierte Straßen und Gehwege minimiert werden. Um diese Ziele zu erreichen, sind integrierte Mobilitätskonzepte notwendig. Wenn Städte und Quartiere sie gemeinsam mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft erstellen, können alle Akteure auch aktiv ihr Handeln an ihnen ausrichten.

Vielfältige Nutzungsformen des öffentlichen Raums einbeziehen

Eine gute, quartiersgerechte Verkehrspolitik wertet den öffentlichen Raum auf. Sie ermöglicht, dass Straßen und Gehwege von allen Menschen genutzt werden können, und stellt sicher,

dass Spielen, sich begegnen und miteinander kommunizieren, möglich ist. Ein gutes Instrument dafür sind Tempo-30-Zonen, barrierefreie Fußgängerüberwege und weniger Parkplätze. Auch (barrierefreie) Begegnungszonen können ein Weg zu einer ausgewogenen Nahmobilität sein, in der nicht das schnelle Durchqueren, sondern die Aufenthaltsqualität der Bewohner_innen im Mittelpunkt steht. Neuen Mobilitätsformen wie Skaten, Segways, Monowheels und E-Bikes wollen wir dabei Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

Potenziale des ÖPNV nutzen

Auch wenn Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in neuen Bündnissen für soziale Quartiere möglichst viele unterschiedliche Funktionen innerhalb des Quartiers verankern möchten, können jedoch nicht in jedem Quartier alle Angebote vorhanden sein. Selbstverständlich verlassen wir tagtäglich unser Quartier, sei es, um lokal nicht vorhandene Angebote in anderen Quartieren zu nutzen, Freunde zu besuchen oder unsere Arbeitsstelle zu erreichen. Dafür brauchen wir attraktive öffentliche Verkehrsmittel. Sie bilden das Rückgrat einer stadt- und quartiersgerechten Mobilität. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass zentrale Funktionen eines Quartiers direkt an den ÖPNV angeschlossen sind. So ermöglichen wir den Bewohner_innen, aber auch Menschen von auswärts, das Quartier und seine Angebote zu erreichen. Dafür benötigen wir eine hohe Feinerschließung mit einer hohen Haltestellendichte.

Der öffentliche Verkehr ermöglicht vielen Menschen, mobil zu sein, mit geringen negativen Folgen für Mensch und Umwelt. Zugleich hat der ÖPNV noch viel Potenzial. Die Fahrzeuge können noch leiser werden, die Informationen über Verbindungen, Preise, Nutzungsbedingungen möglichst einfach und verständlich sein. Die Nutzung digitaler Informationen über Verbindung, Abfahrt, Verspätung, alternative Routen und Lage der Haltestellen kann und muss – wie auch der Erwerb der Fahrausweise – noch weiter optimiert werden. Aber auch beim barrierefreien Zugang (Aufzüge und Plätze für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen) und bei erschwinglichen Tickets sind Aufgabenträger und kommunale Gebietskörperschaften mit Unterstützung der Verkehrsunternehmen gefordert, sozial verträgliche Lösungen zu schaffen.

Vernetzung der Verkehrsmittel unterstützen

In vielen Regionen und Quartieren wird fasziniert beobachtet, wie sich Fahrradfahrer_innen dem Wetter und den topografischen Gegebenheiten zum Trotz wieder ihren Raum erkämpfen. Diese Entwicklung wird vielfach begrüßt, aber gute und sichere Radwege und Abstellmöglichkeiten für die Fahrräder werden nur selten geschaffen. Das darf nicht sein! Wir brauchen z. B. kreuzungsfreie Fahrradtrassen über Quartiersgrenzen hinweg, aber auch gute Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern an ÖPNV-Stationen und an wichtigen Zentren.

Die gegenwärtig insbesondere in Großstädten boomenden Mobilitätsdienstleistungen sind stark auf das Auto fokussiert, können, wenn sie weiterentwickelt werden und zukünftig alle verfügbaren Verkehrsträger zusammenführen, dazu beitragen, Mobilität für alle und mit deutlich weniger Belastungen für andere zu ermöglichen. So können ÖPNV, Auto

und Fahrrad zusammengeführt, preiswerter Zugang zu Auto und Rad ermöglicht, aber auch Menschen für Fahrgemeinschaften zusammengebracht werden.

Empfehlungen

für das Handlungsfeld Mobilität

- Mobilität als Teil der Quartiersentwicklung und der Teilhabe am öffentlichen Leben erkennen und nutzen
- integrierte Mobilitätskonzepte in Kooperationen zwischen Städten, Quartieren, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erstellen und umsetzen
- negative Effekte der Mobilität wie Lärm, blockierte Straßen und Gehwege minimieren
- den öffentlichen Raum aufwerten – durch den Ausbau von Tempo-30-Zonen, Begegnungszonen, verkehrsberuhigten Straßen und Fußgängerüberwegen
- Quartiere und ihre zentralen Funktionen aktiv und hochwertig in das Netz öffentlicher Verkehrsmittel einbinden
- Preisgestaltung des ÖPNV einfacher und verständlicher gestalten sowie soziale Komponenten berücksichtigen
- mit besseren Informationen über Verbindung, Abfahrt, Verspätung, alternative Routen und Lage der Haltestellen sowie Aufzügen und Plätzen für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen den Zugang zum ÖPNV erleichtern
- ÖPNV leiser machen (leisere Fahrzeuge, Schienenpflege)
- aktive Mobilität mit dem Fahrrad ermöglichen (kreuzungsfreie Fahrradtrassen, Fahrradabstellplätze, breite Fußwege)

3.2. AKTIVE QUARTIERSPOLITIK: IDENTIFIKATION, SELBSTORGANISATION, SELBSTSTEUERUNGSKRÄFTE UND EIGENINITIATIVE

Das Quartier als Lebensmittelpunkt vereint nicht nur viele städtebauliche, infrastrukturelle, soziale und politische Faktoren. Es ist auch der zentrale Ort gesellschaftlicher Teilhabe und bürgerschaftlichen Engagements. Die Einbindung seiner Bewohner_innen ist deshalb für eine aktive Quartierspolitik entscheidend. Denn es sind die Menschen vor Ort, die maßgebliche Impulse für Veränderungen und Verbesserungen der Wohnquartiere liefern. Wir wollen hier noch mal wichtige Möglichkeiten aufzeigen, wie ihr Engagement und ihre Beteiligung gestärkt und gefördert, integriert und gemeinsam genutzt werden können.

Möglichkeiten und Grenzen ehrenamtlichen Engagements erkennen und respektieren

Lebendige Quartiere profitieren bereits heute vom vielfältigen Engagement ihrer Bewohner_innen innerhalb und außerhalb der bestehenden Institutionen. Ohne das ehrenamtliche, aber auch professionelle Engagement in Kitas und Schulen, in Sportvereinen, in Kirchengemeinden und Moscheevereinen, in Bürger- und Kiezinitiativen, in nachbarschaftlichen Netzwerken und sozialen Einrichtungen würden Gesellschaft und Quartiere nicht funktionieren. Bei milieu- und gruppen-

übergreifender Zusammenarbeit werden zudem sozialer Zusammenhalt und Integration im Quartier durch Kommunikation miteinander und Netzwerkbildung gestärkt.

Das Engagement der Bürger_innen muss grundsätzlich zusätzlich zur staatlichen Sicherung von Grundaufgaben erfolgen. Es darf nicht als Lückenfüller für den Rückzug des Staates mißbraucht werden. Ehrenamtliche Bildungs-, Betreuungs- und Sportangebote, die individuelle Unterstützung von Hilfsbedürftigen oder die Mitarbeit in der Pflege öffentlicher Räume und von Grünflächen stellen einen Mehrwert dar – für die Gesellschaft, aber auch für die Engagierten. Insofern sollte der Einsatz von Ehrenamtlichen professionelle und dauerhafte Arbeit unterstützen, aber nicht ersetzen. Aufgezeigt und thematisiert werden muss, wo das Engagement an seine Grenzen stößt, insbesondere bei der Lösung sozialer Problemlagen.

Qualifizierung, Kooperation und Beteiligungsformen ehrenamtlicher Arbeit fördern

Erfolgsfaktoren für ehrenamtliches Engagement sind zum einen „weiche Faktoren“ wie persönliche Kontakte, Verlässlichkeit und Kontinuität, gegenseitige Akzeptanz und Wertschätzung. Zum anderen sind als stabile Rahmenbedingungen professionelle Strukturen in Freiwilligenorganisationen und Bildungseinrichtungen sowie ausreichende personelle und finanzielle Mittel zur Begleitung und Qualifizierung der Ehrenamtlichen erforderlich. Da das Engagement insbesondere innerhalb einzelner Communitys erfolgt, bedarf es zudem einer gezielten Förderung der Kooperation vielfältiger Netzwerkstrukturen, um statt eines Nebeneinanders ein Miteinander zu ermöglichen.

Menschen für das ehrenamtliche Engagement zu motivieren und sie in ihrem Einsatz zu unterstützen, braucht die gezielte Ansprache, Information und entsprechende Fortbildungs- und Unterstützungsangebote. Die Definition von zu fördernden Beteiligungsformen muss von den Interessen und Handlungsmöglichkeiten der Engagierten selbst ausgehen, von der Frage: Was wollen die Bewohner_innen selbst machen? Ehrenamtsbörsen – auch im Internet – sind dafür ein guter Ansatz, entscheidend ist jedoch die fortlaufende persönliche Einbindung der Ehrenamtlichen. Wertschätzung und Anerkennung für ehrenamtliches Engagement bedeutet einerseits, diese in die Gestaltung der Angebote und die Entscheidungsfindung einzubeziehen, andererseits aber auch, (Selbst-)Überforderung von Engagierten durch geeignete Rahmenbedingungen, Beratungsangebote und gezielte Interventionen zu vermeiden.

Rahmenbedingungen für langfristiges selbstorganisiertes Engagement schaffen

Grundvoraussetzung für die Förderung von Engagement ist die Bereitstellung von Räumen. Stadtteiltreffs, Gemeinschaftshäuser, Integrations- oder Quartierszentren, Schulen etc. dienen als Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement, sei es eingebunden in die Arbeit von Organisationen und Institutionen oder für selbstorganisierte Initiativen. Sie sind als einfach zugängliche Treffpunkte für die Bewohner_innen notwendig

und können in dieser Funktion gestärkt werden, wenn sie mit einer Arbeitsinfrastruktur für selbstorganisiertes bürgerschaftliches Engagement und selbstorganisierte Veranstaltungen ausgestattet sind. Zudem kann hier über die Arbeit der Vereine und Initiativen sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Entwicklung und Umsetzung von Quartierskonzepten und -projekten informiert werden und der Austausch und die Zusammenarbeit von Bewohner_innen initiiert, begleitet und gezielt befördert werden.

Für die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement werden zudem Sachmittel benötigt. Wünschenswert wären verbindliche Budgets für bürgerschaftliches Engagement auf Quartiersebene. Darüber hinaus können Engagierte und Initiativen bei der Akquise von finanziellen Mitteln aktiv unterstützt werden – bei der Beantragung und Abwicklung von Fördermitteln ebenso wie beim Einwerben von Spenden oder Sponsorengeldern. Gezielt zu fördern ist zudem die milieu- und gruppenübergreifende Zusammenarbeit im Quartier (z. B. aktive Einbindung von Migrantenselbstorganisationen in die Elternarbeit an Schulen) und die gezielte Kooperation mit Bildungsinstitutionen/Universitäten sowie anderen öffentlichen und privaten Akteuren auch außerhalb des Quartiers.

Um das Engagement in den Quartieren langfristig zu stärken, bedarf es fester Ansprechpartner_innen bei Quartiersmanagements, der kommunalen Verwaltung, Wohnungsunternehmen, aber auch bei den jeweiligen Institutionen (z. B. Schulen) im Quartier. Deren Finanzierung muss ebenso langfristig gesichert sein wie die Bereitstellung von Räumen und Sachmittelbudgets. Denn neben verlässlichen Rahmenbedingungen sichern persönliches Vertrauen und Offenheit zwischen den einzelnen Akteur_innen die Kontinuität ehrenamtlicher Betätigung. Eine ausreichend gesicherte Grundstruktur ist zugleich die Voraussetzung dafür, zusätzliche Projekte kurzfristig, zielorientiert und effizient in die Quartiersarbeit einzubinden.

Beteiligungsprozesse offen und transparent gestalten

Eine gut strukturierte Beteiligung der Bewohner_innen an öffentlichen Planungen und Entscheidungen, die ihr Wohnumfeld betreffen, erhöht die Fähigkeit der Quartiere, eigene Wege zu suchen, wie jeweils spezifische Chancen und Probleme gemeinsam von den Bewohner_innen, Politik und Verwaltung vor Ort angegangen werden können. Gute Beteiligung bedeutet, Bedürfnisse, Interessen und das lokale Expertenwissen der Bewohner_innen und Akteur_innen bei der Weiterentwicklung der Quartiere aktiv einzubinden – sowohl bei übergreifenden Handlungsstrategien wie auch für einzelne Themen.

Durch eine offene und transparente Gestaltung von Entscheidungs- und Beteiligungsprozessen wird eine aktive und durchaus kontroverse Auseinandersetzung über die zukünftige Entwicklung der Quartiere „auf Augenhöhe“ ermöglicht. Erst das Aufzeigen der Vielfalt der unterschiedlichen Vorstellungen, Interessen und Werte der Akteur_innen im Quartier erlaubt es, potenzielle Konflikte und Gemeinsamkeiten zu ermitteln, für die jeweiligen Sorgen, Probleme und Wünsche sensibilisiert zu werden sowie Kompromisse und möglichst gemeinsam getragene Lösungsansätze für Probleme im Quartier auszuhandeln.

Für jeden Entscheidungs- und Beteiligungsprozess sind die Möglichkeiten und Grenzen von Partizipation klar zu definieren und jeweils adäquate Beteiligungsformate einzusetzen. Dazu zählt, getroffene Vorentscheidungen, Entscheidungsrahmen und Entscheidungsspielräume (z. B. planerische und finanzielle Handlungsspielräume) offenzulegen und nachvollziehbar zu gestalten. Mit allen Beteiligten sind gemeinsame Spielregeln festzulegen, um einen offenen und konstruktiven Dialog innerhalb der Verfahren sicherzustellen.

Darüber hinaus sind ausreichende Mittel für die Beteiligung der Bewohner_innen, insbesondere aber auch die Verfügbarkeit notwendiger Verwaltungsressourcen, entscheidend für erfolgreiche Partizipation. Bei der Einbindung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken (z. B. Freiwilligenorganisationen, Migrantenselbstorganisationen, Mieter_innenbeiräten etc.) sollten diesen unbedingt Mittel für die Aktivierung und Einbindung der jeweiligen Communitys zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich der Aufwand für Beteiligungsverfahren durch bessere, breiter akzeptierte und häufig – durch die Einbindung selbstorganisierter Engagements – kostensparende und akzeptanzfördernde Ergebnisse rechnet.

Bewohner_innen frühzeitig einbeziehen und umfassend informieren

Die Bewohner_innen sind bereits frühzeitig bei der Ziel- und Problemdefinition und der Formulierung von Handlungsalternativen einzubinden (z. B. in Form von Living Labs, in denen in einem Austausch von Anwender_innen, Entwickler_innen und der Wirtschaft, innovative Lösungen gemeinsam entwickelt, erprobt und umgesetzt werden). Dadurch können bereits in einem frühen Stadium Konsens- und Kompromissmöglichkeiten, innovative Lösungen ebenso wie sich abschließende Handlungsalternativen identifiziert, vertieft und bewertet werden. Dabei ist darauf zu achten, dass auch die bislang „ungehörten“ Bewohner_innen mit ihren spezifischen Bedürfnissen und Interessen erreicht werden, z. B. durch eine aufsuchende Beteiligung oder durch Stellvertreter_innen. Wertschätzung gegenüber „einfachen“ Interessen und Bedürfnissen der Quartiersbewohner_innen kann auch dadurch gezeigt werden, dass deren „Selbstermächtigung“ durch geeignete Fortbildungsangebote gezielt gefördert wird.

Für einen Aushandlungsprozess „auf Augenhöhe“ ist erforderlich, dass allen Beteiligten notwendige Informationen vor Ort und digital zur Verfügung gestellt werden (Open Data), ggf. ergänzt um entsprechende Informationsveranstaltungen. Politik, Verwaltung und externe Gutachter_innen müssen im Beteiligungsprozess präsent sein – Bewohner_innen ist aber auch die Möglichkeit zu geben, einzelne Themen z. B. durch Bürgergutachten selbstorganisiert zu vertiefen.

Empfehlungen für aktive Quartierspolitik

- Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung klar definieren
- Kooperation vielfältiger Netzwerkstrukturen gezielt fördern
- milieu- und gruppenübergreifende Zusammenarbeit durch Politik und Verwaltung fördern und fordern
- finanzielle Mittel zur Begleitung und Qualifizierung ehrenamtlichen Engagements bereitstellen
- mit der Bereitstellung von Räumen und Sachmitteln, Unterstützung bei Akquise finanzieller Ressourcen und Qualifizierung verlässliche Rahmenbedingungen schaffen
- feste Ansprechpartner_innen bei Quartiersmanagements, kommunaler Verwaltung etc. gewährleisten
- über Mitwirkungsmöglichkeiten und Vereine informieren
- Bedürfnisse, Interessen und lokales Expertenwissen der Bewohner_innen und Akteur_innen bei der Weiterentwicklung der Quartiere aktiv einbinden
- offene und transparente Gestaltung von Entscheidungs- und Beteiligungsprozessen
- Beteiligungsprozesse durch frühzeitige Einbindung der Bewohner_innen (Living Labs, aufsuchende Beteiligung, Stellvertreter_innen), Bereitstellung notwendiger Informationen und ausreichender finanzieller Mittel tragfähig gestalten
- Vorentscheidungen, Entscheidungsrahmen und Entscheidungsspielräume offenlegen
- mit allen Beteiligten gemeinsame Spielregeln für erfolgreiche Partizipation festlegen

4

RAHMENBEDINGUNGEN GEMEINSAMER QUARTIERSGESTALTUNG

Soziale Quartierspolitik bedeutet, Teilhabe, Zusammenhalt und Lebensqualität in den Quartieren stärken.

Aktive Quartierspolitik ist vorausschauend und handelt präventiv. Entstehende Probleme müssen möglichst frühzeitig festgestellt werden, um effektiv gegensteuern zu können. Zugleich ist die aktive Entwicklung des Quartiers eine Daueraufgabe für alle Quartierstypen – städtisch, ländlich, schrumpfend, wachsend, stagnierend, ökonomisch gut aufgestellt oder abgehängt.

Wie lässt sich eine entsprechende Politik in Bund, Land und vor Ort umsetzen. Was können Politik, Verwaltung und Bewohner_innen leisten? Wie können bestehende politische Instrumente besser vernetzt und aufeinander abgestimmt werden? Die Beantwortung dieser Fragen braucht das Wissen, die Erfahrungen und das Engagement aller beteiligten Akteure vor Ort. Nur so kommen wir zu Lösungen, die den unterschiedlichen Herausforderungen der Quartiere gerecht werden.

Individuelle Entwicklungskonzepte erstellen und evaluieren

Alle Städte benötigen ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das bis auf die Ebene der Quartiere reicht. Um Entwicklungen in Quartieren früh erkennen und bewerten zu können, ist es hilfreich, ein Monitoringsystem einzubinden. So schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass knappe kommunale Ressourcen auch in den Quartieren eingesetzt werden können, in denen der Handlungsbedarf am höchsten ist.

Aber nicht nur die Städte, sondern auch die Stadtteile mit ihren Quartieren benötigen ein Entwicklungskonzept. Denn nur so kann die Veränderung gestaltet werden. Diese Konzepte müssen gemeinsam von Verwaltung und Bewohner_innen auf Basis gesamtstädtischer integrierter Handlungsstrategien individuell und ressortübergreifend erarbeitet werden. Diese Entwicklungskonzepte sind regelmäßig zu evaluieren und anzupassen.

Ressortübergreifende Planungen und Förderungen gewährleisten

Damit diese dem spezifischen Bedarf des Quartiers entsprechende und partizipativ entwickelte Handlungsstrategie tatsächlich konsistent umgesetzt werden kann, sind auch entsprechende Rahmenbedingungen auf kommunaler und staatlicher Ebene gefordert. Die Unterteilung von Zuständigkeiten in die einzelnen Verwaltungen führt dazu, dass für jeden Politikbereich (Wohnen, Bildung, Arbeit, Gesundheit, Verkehr) eigene Strategien erarbeitet und umgesetzt werden, die aber nur bedingt den spezifischen Herausforderungen der einzelnen Quartiere entsprechen. Werden Förderziele, -logiken und -bedingungen den Gegebenheiten vor Ort angepasst und aufeinander abgestimmt (Gegenstrom-Prinzip), können die einzelnen Programme in den Quartieren auch ihre volle Wirksamkeit entfalten. Damit ermöglichen wir es den Quartieren, die einzelnen Programme so miteinander zu verzahnen, dass sie die erarbeiteten Entwicklungskonzepte effizient umzusetzen helfen.

Um zielgerichtete Programme zu entwickeln, braucht es ein gemeinsames Denken aller Fachressorts, das sich, von Quartier und den Kommunen ausgehend, an den Zielgruppen und dem konkreten sozialräumlichen Bezug orientiert. Die mittlerweile fast unüberschaubare Programmviefalt muss für die Quartiere handhabbar gemacht und vereinfacht werden. Dazu bedarf es einer besseren Koordination der Fachverwaltungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Es wäre sinnvoll, bei Bund, Land und Kommune regelmäßige runde Tische sowie zentrale Ansprechpartner_innen einzurichten, um das Wissen über die Ziele und Arbeitsweisen anderer Verwaltungen zu erhöhen und eine ressortübergreifende Entwicklung von quartiersspezifischen Planungen und Förderungen sicherzustellen. Das Programm „Soziale Stadt“ greift diesen ressortübergreifenden Ansatz in der Verknüpfung von baulichen und infrastrukturellen Verbesserungen mit sozialer Integration und Beteiligung grundsätzlich auf, kann aber auf noch andere Politikbereiche (Arbeitsmarkt, Bildung, Klima und Energie etc.) erweitert werden. Zwar nimmt dadurch unmittelbar der Koordinationsaufwand zu, langfristig steigt aber durch die daraus resultierenden Synergieeffekte der Erfolg der Politiken.

Quartiersmanagements langfristig in ihrer Moderationsfunktion stärken

Auf Quartiersebene ist die Sicherung einer langfristigen Arbeitsstruktur in Form von Quartiersmanagements notwendig, um vor Ort gemeinsam mit Bewohner_innen, Verwaltung und Politik die Entwicklung der Quartiere aktiv zu gestalten und die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteur_innen zu koordinieren. Die Finanzierung einer Mindestausstattung des Quartiersmanagements mit Personal und Sachmitteln muss daher unabhängig von einzelnen Förderprojekten sichergestellt werden. In ihrer Schnittstellen- und Moderationsfunktion sind Quartiersmanagements zudem zielgerichtet zu qualifizieren, um Projekte bürgerschaftlichen Engagements und die Beteiligung von Bewohner_innen an quartiersbezogenen Entscheidungsprozessen zu unterstützen.

Die Wirksamkeit des Quartiersmanagements lässt sich zudem verbessern, indem seine Kompetenzen weiterentwickelt werden. In einem Pilotprojekt im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ könnten beispielsweise Wege für eine umfassende Koordination der verschiedenen, im Stadtteil vorhandenen Organisationen und Akteur_innen identifiziert und umgesetzt werden.

Strukturelle Hürden in der Verwaltung abbauen

Die vertikale Struktur von Verwaltung und Fachpolitiken, die über die aktuelle Stadtentwicklung meist nur unzureichend eingebunden sind, ist eine der wesentlichen Hürden, die soziale Quartierspolitik abbauen will. Zwar wurden koordinierende Abstimmungsrounds eingerichtet, sie sind häufig jedoch eine zusätzliche Belastung gegenüber der Arbeit „in der Linie“. Förderprogramme sind meist den Fachverwaltungen zugeordnet und werden dort häufig als „Besitz“ angesehen.

Die inhaltliche Abstimmung der unterschiedlichen Förderprogramme aufeinander sollte daher mit einer Vereinfachung der Antragsstellung für Projekte auf Quartiersebene durch private und öffentliche Akteur_innen einhergehen. Je nach Fördermittelgeber bestehen unterschiedliche Anforderungen an die Ziele und Schwerpunkte der Antragsstellung, die Abrechnung von Projektmitteln und den Zeithorizont. Daraus resultiert ein relativ hoher Zeit- und Arbeitsbedarf für das Antragsmanagement – Ressourcen, die dann für die inhaltliche Arbeit fehlen. Die häufig notwendige Kofinanzierung für Projekte stellt eine zusätzliche Hürde dar, nicht nur wegen der Bereitstellung der Kofinanzierungsmittel, sondern auch wegen des damit deutlich erhöhten Abstimmungsbedarfes mit Dritten. Ein vereinfachtes Antragsmanagement erleichtert zudem den Zugang für neue Akteur_innen.

Neue Formen der Partizipation erproben

Eine weitere Herausforderung ist die unzureichende Einbindung der sehr unterschiedlichen Akteur_innen. Neben den erwähnten integrativen Ansätzen der Verwaltung lassen sich Unternehmen oder deren Kammern und Verbände für lokale Aufgabenstellungen kaum einbinden. Es gelingt häufig nicht, die stadtteilgebundene Ökonomie für diese Aufgaben zu interessieren und zu gewinnen. Schließlich macht eine sozial auf

mehreren Ebenen ausdifferenzierte Gesellschaft es zunehmend schwierig, diese in Beteiligungsprozesse einzubeziehen. Es ist erforderlich, die Rollen intermediärer Organisationen und Akteur_innen neu zu definieren und diese in ihrer vermittelnden Funktion zu stärken.

In diesem Zusammenhang ist es dringend notwendig, die Diskurse und Kulturen, die sich bevorzugt in Arbeitsgruppen respektive in sozialen Netzen über die Möglichkeiten des Web 2.0 begegnen, zu nutzen. Hier sind die Erfahrungen mit der Zusammenführung von online- und offlinebasierten partizipativen Diskursen (Blended Participation) zu unterstützen und zu kommunizieren. Mit einem Urban Living Lab werden gegenwärtig rechtliche, organisatorische und kommunikative Formen ausprobiert. Um „lernende“ Projekte zu ermöglichen, bedarf es einer höheren Fehlertoleranz und einer flexibleren Umsetzung von Projekten. Von Misserfolgen und den Lehren daraus können zukünftige Projekte häufig ebenso profitieren wie von Best Practice-Beispielen.

Ressourcenstärkere Quartiere und Unternehmen für Solidarität in der Stadt gewinnen

Um das lokal verankerte „soziale Kapital“ und die Vernetzung zu entwickeln und zu stärken, sollten gezielt zum einen Kooperationen von Akteur_innen im Quartier gefördert, zum anderen aber auch die Einbindung in den Bezirk/Stadtteil respektive die Gesamtstadt gestärkt werden. Die Verbindung in die Stadt sollte auch aktiv von ressourcenstärkeren Quartieren im Sinne einer gelebten Solidarität gesucht werden, indem sich Bildungseinrichtungen, Sportvereine, religiöse Gemeinschaften, Kulturvereine vernetzen. Dabei gilt es auch, Unternehmen und Stiftungen stärker in die Verantwortung für eine soziale Quartiersentwicklung zu nehmen.

Untersuchungen haben gezeigt, dass die Unternehmen und Stiftungen Vorteile in einem (gemeinschaftlichen) Engagement in benachteiligten Quartieren sehen. Auch wenn das Engagement von Unternehmen und Stiftungen meist noch auf einzelne Zielgruppen ausgerichtet ist, wirken die benachteiligten Quartiere durch die Konzentration an Problemlagen als „Filter“ für das Engagement, um benachteiligte Personen zu erreichen. Um mit Blick auf das Gesamtquartier wirksam zu werden, fehlt es den Unternehmen und Stiftungen meist noch an den notwendigen Kenntnissen über die Bedarfe im Quartier, die dort handelnden Akteure und vorhandenen Projekte. Durch die Zusammenarbeit mit der Kommune konnten die Unternehmen und Stiftungen in Modellvorhaben auf deren Expertenwissen zurückgreifen und so ihr Engagement deutlich besser an den bestehenden Bedarfen ausrichten. Dieses Potenzial kann und sollte weiter ausgebaut werden.

Empfehlungen

für Rahmenbedingungen gemeinsamer Quartiersgestaltung

- individuelle Entwicklungskonzepte gemeinsam von Verwaltung und Bewohner_innen erarbeiten, evaluieren und anpassen

>

>

- zielgerichtete Programme ressortübergreifend durch regelmäßige runde Tische bei Bund, Land und Kommune sowie zentrale Ansprechpartner_innen entwickeln
- finanzielle Mindestausstattung des Quartiersmanagements unabhängig von Förderprojekten sicherstellen
- Quartiersmanagements in ihrer Moderationsfunktion qualifizieren und effektive Zusammenarbeit mit der Kommune (durch feste Ansprechpartner_innen) gewährleisten
- das ressortübergreifend angelegte Programm „Soziale Stadt“ in den Politikbereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Klima und Energie etc. weiter ausbauen bzw. erweitern
- unterschiedliche Förderprogramme besser aufeinander abstimmen, Antragsstellung durch private und öffentliche Akteur_innen vereinfachen
- aktuelle Diskurse und Kulturen (Arbeitsgruppen, soziale Netzwerke, Web 2.0) nutzen, um intermediäre Organisationen und Akteur_innen neu zu definieren
- durch Vernetzung von Bildungseinrichtungen, Sportvereinen, religiösen Gemeinschaften und Kulturvereinen ressourcenstärkere Quartiere für gelebte Solidarität in der Stadt gewinnen
- gemeinsames Engagement von Unternehmen und Stiftungen durch Zusammenarbeit mit Kommunen fördern

Autor_innen

René Bormann

Leiter der Arbeitsbereiche Verkehrspolitik sowie Stadtentwicklung, Bau und Wohnen, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung

Prof. Dr. Vanessa Miriam Carlow

Technische Universität Braunschweig, Institut für Nachhaltigen Städtebau

Antje Christmann

Mitarbeiterin von Michael Groß, Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Prof. Dr. Jens Dangschat

Technische Universität Wien, Department für Raumplanung, Fachbereich Soziologie (ISRA)

Werner Faber

Geschäftsführer der Landesgruppe Ost, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen

Brigitte Grandt

Projektmanagerin Integrierte Stadterneuerung, Entwicklungsgesellschaft Duisburg

Michael Gross

Baupolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Deutschen Bundestags

Christoph Hahn

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Tilman Heuser

Geschäftsführer des Landesverbandes Berlin, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Gesine Kort-Weiher

Hauptreferentin im Dezernat Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, Deutscher Städtetag

Nicole Nestler

Leiterin des Landesbüros Hessen, Friedrich-Ebert-Stiftung

Ricarda Pätzold

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales, Deutsches Institut für Urbanistik

Dr. Katrina Pfundt

Referentin für Altenhilfe, Abteilung Gesundheit/Alter/Behinderung, AWO Bundesverband

Michael Siebel

stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Hessen sowie Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Hessen

Dr. Manfred Sternberg

Geschäftsführer Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Markus Trömmner

Leiter Kommunalakademie, Friedrich-Ebert-Stiftung

Susanne Walz

Geschäftsführerin L.I.S.T. Lösungen im Stadtteil – Stadtentwicklungsgesellschaft, Berlin

Prof. Dr. Rotraut Weeber

Weeber & Partner Institut für Stadtplanung und Sozialforschung

Franziska Wehinger

Referat Asien und Pazifik, Friedrich-Ebert-Stiftung

Petra Weis

SPD-Parteivorstand, Abteilung Politik

Impressum:

© 2016

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9205, www.fes.de/wiso

Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN 978-3-95861-435-2

Titelmotiv: © Björn Lux / Lux/Wache / Agentur Focus

Gestaltung: www.stetzer.net

Druck: www.bub-bonn.de

